

161
T25622

Stoll

Heft 36

Bekennende Kirche

CHRISTIAN STOLL

Interim!

Chr. Kaiser Verlag München

BR
856
B4
v.36



Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Preis dieses Heftes 80 Pfg.

Bei Subskription auf mindestens 10 aufeinanderfolgende Hefte
kostet dieses Heft 72 Pfg.

Partiepreise

Bei gleichzeitiger Abnahme von	20 Stück	kostet dieses Heft	75 Pfg.
" " " " 50 " " " "	50	" " " "	70 "
" " " " 100 " " " "	100	" " " "	65 "
" " " " 1000 " " " "	1000	" " " "	60 "

B e k e n n e n d e K i r c h e
Schriftenreihe, herausgegeben von Chr. Stoll

Heft 36

CHRISTIAN STOLL

Interim!



I 9 3 5

Chr. Kaiser Verlag / München

BR

856

B4

v. 36

Wider das Gewissen zu handeln ist beschwerlich,
unheilsam und fährlich!

Luther in Worms.

V o r w o r t.

Die Kirche, die Luthers Namen neben dem Evangelium trägt, ist eine unpolitische, machtlose Kirche. Sie lebt allein vom Wort Gottes. Das ist ihre Macht. Das rechte Verständnis des Wortes Gottes hat sie in ihren Bekenntnissen ausgesprochen. Darum ist die lutherische Kirche eine Kirche des Bekenntnisses und kann davon nicht lassen, weil ihr Bekenntnis aus Gottes Wort genommen und darinnen wohl und fest begründet ist. Dieses Bekenntnis legte sie ab vor Fürsten und Königen und allen Ständen des Reiches. Zum Bekennen ihres Bekenntnisses ist sie heute wieder gerufen. Gott gebe, daß sie sich dessen nicht schämt, auch wenn sie dadurch schwere Wege geführt werden sollte!

Was auf den folgenden Seiten gesagt ist, ist keine „kirchenamtliche“ Auffassung, sondern die „persönliche“ Auffassung des Verfassers, der aber der Ansicht ist, daß seine Auffassung im Einklang steht mit den „kirchenamtlichen“ Kundgebungen, die im Anhang zu erneuter Kenntnisnahme, zur Mahnung und Stärkung abgedruckt sind. Die lutherische Kirche in Deutschland steht an einem kritischen Punkt ihrer Geschichte. Möge sie so weiter-schreiten, daß ihre Entscheidungen vor ihrem Herrn und seinem Wort bestehen können und nicht gegen die Entscheidungen ihrer Väter zu stehen kommen!

München, am 6. Dezember 1935.

Christian Stoll.

I n t e r i m !

I n t e r i m — Einstweilen sollten nach dem Willen der römischen kaiserlichen Majestät die Ordnungen gelten, die der Augsburger Reichstag von 1548 den evangelischen Ständen zugemutet hatte, bis ein Konzil den Zwiespalt in der Lehre beglichen und die einige christliche katholische Kirche in deutschen Landen wieder hergestellt haben würde. Einstweilen sollten die lutherische und die römische Lehre sich vertragen, einstweilen sollten die lutherischen Kirchen den halben oder ganzen katholischen Kultus wieder aufnehmen, einstweilen sollte ihnen der Laienfelsch verstattet bleiben, einstweilen sollten sie die „Priesterehe“ behalten dürfen, als hätte der Papst dazu Dispens erteilt. Die römische Kirche hat zwar das Interim für sich nicht anerkannt, aber des Kaisers Majestät gedachte dieses Kirchengesetz in Deutschland mit Nachdruck zu exekutieren. Der Kaiser hatte mit seinem Interim tief in die Kirche, in ihre Lehre und in ihre Ordnung eingegriffen und gedachte mit diesem Eingriff die Einheit der Kirche zu retten oder wieder zu gewinnen. Er fand die Theologen, die bereit waren ein derartiges Einigungswerk zu fördern: den neuen katholischen Bischof von Naumburg, Pflug, und den lutherischen Hofprediger von Berlin, Agricola, dazu ein paar Spanier ¹⁾. Und als der Judas von Meissen, der neue Kurfürst von Sachsen, Moritz, seinen Untertanen das Augsburger

1) Vgl. Th. Brieger, Die Reformation, S. 363 ff. — Flacius in einer Flugschrift von 1550 „Alerliche beweisung, das alle die jenige, welche die schrifftten widder das Interim und Mittelding feil zuhaben vn̄ zu lesen verbieten . . . Christum den Son Gottes warhafftiglich selbs verfolgen“ S. 8: „Diemeil nu meine vnd der andern bücher widder das Interim vnd die Adiaphora Christum predigen / vnd dem Antichrist sampt seinen dienern vnd Gottlosen wesen widerstehen / so ist es offenbar / das derjenige so sie verfolget / er sey gelert oder vngelert / Er sey hohes oder nidriges standes / Er thu es vom ihm selbst / oder von andern geheissen / Er sey ein fürst / Vogt / Bürgermeister / Richter / Schultheis / Rector / Decanus / Bedellus / Prediger oder zuhörer / den Herrn Ihesum Christum selbs / so in den geringen windelein weinet / verfolgen.“

Interim tragbar machen mußte, da lieb selbst Luthers erster Schüler, Magister Philipp Melanchthon diesem Werk der Befriedung seine Dienste, er, dem in seiner Friedenssehnsucht das sogenannte Pfaffengezänk zuwider war. Luther aber war tot.

Das Leipziger Interim wollte im Gegensatz zum Augsburger ein größeres Stück der lutherischen Lehre retten, um dafür in den „Jeremonien“, in den Ordnungen der Kirche und ihres Gottesdienstes den Papisten entgegenzukommen. Aber schließlich kam es in jenen Zeiten der Entscheidung und Scheidung nicht auf ein Mehr oder Weniger an lutherischer Lehre an, sondern es ging immer ums Ganze. Und wenn das der charakterlose Agricola und der schwachherzige Melanchthon nicht sahen oder um anderer Ziele willen, etwa um eines Friedens und um einer Einheit um jeden Preis willen nicht sehen wollten, so sahen's doch andere: die vierhundert süddeutschen lutherischen Pfarrer, die mit Weib und Kind lieber Amt und Brot fahren ließen und ein ungewisses Elend erwählten als der reinen Lehre und der schriftgemäßen Verkündigung abzusagen und die Theologen aus Luthers Schule, Nikolaus von Amsdorf und Matthias Vlacidh, die in Magdeburg, der geächteten Stadt, saßen und das Interim befahdeten:

„Das Interim

Ich nicht annimm,

Und sollt die Welt zerbrechen.“

Aus Genf aber mußte Melanchthon die Epistel lesen: „Mehr Klagen und Seufzer hast du durch dein geringes Zurückweichen hervorgerufen als hundert Kleinere durch ihren offenen Abfall.“

Die Bekenner, nicht die Nachgiebigen und Schweigsamen, — die Angefochtenen und Bedrückten, nicht die Leute des Ausgleichs und der Unterwürfigkeit haben damals die reine und lautere Verkündigung gerettet. Einige Jahrzehnte später steht in der Konkordienformel im 10. Artikel von Kirchengebräuchen, so man Adiaphora oder Mitteldinge nennet:

„Wir gläuben, lehren und bekennen, daß zur Zeit der Verfolgung, wann eine runde Bekenntnis des Glaubens von uns erfordert, in solchen Mitteldingen den Feinden nicht zu weichen, wie der Apostel geschrieben: So bestehet nun in der Freiheit, damit uns Christus befreiet hat, und laßt euch nicht wiederum

in das knechtische Joch fangen. Item: Ziehet nicht am fremden Joch; was hat das Licht vor Gemeinschaft mit der Finsternis? Item: Auf daß die Wahrheit des Evangelii bei euch bestünde, weichen wir denselben nicht eine Stunde unterthänig zu sein. Denn in solchem Falle ist es nicht mehr um Mittelding, sondern um die Wahrheit des Evangelii, um die christliche Freiheit und um die Bestätigung öffentlicher Abgötterei, wie auch um Verhütung des Ärgernis der Schwachgläubigen zu thun, darin wir nichts zu vergeben haben, sondern rund bekennen und darüber leiden sollen, was uns Gott zuschickt und über uns den Feinden seines Worts verhängt." (Epitome, vgl. auch Solida Decl. X).

Es ist der lutherischen Kirche gut, wenn sie ihre Geschichte nicht vergißt. Es ist uns heute gut, wenn wir der Geschichte des Interims nachdenken. Wir sind nicht so töricht zu meinen, als wiederhole sich ein Abschnitt der Kirchengeschichte ebenso, wie er einmal abgelaufen ist, aber wir meinen allerdings, daß wir auf seine Wegmarken wohl achten sollen um nicht zu vergessen, woher wir gekommen sind und wohin wir eigentlich wandern sollen. Interim das heißt Einstweilen. Einstweilen soll eine Ordnung getroffen werden, die dann von einer anderen abgelöst werden soll, also jetzt etwas Vorläufiges, dann etwas Endgültiges, jetzt eine Notordnung, dann eine bleibende Ordnung. In diesem Sinn lebt die lutherische Kirche in Deutschland heute in einem Interim. Sie ist noch ohne endgültige Ordnung. Sie ist vielmehr in weiten Gebieten in Unordnung, nicht nur in der Union, in der zu alter Unordnung schlimmste neue hinzugekommen ist, sondern auch dort, wo Landeskirchen ihren Bekenntnisstand nach außen hin, in ihren Verfassungen, in ihrem Namen und in ihrer zu Recht bestehenden öffentlichen Lehre anscheinend bewahrt haben. Die Unordnung ist dadurch entstanden, daß tatsächlich andere Lehren verkündigt wurden als das öffentliche Bekenntnis auswies und daß das Regiment der Kirche von der Bindung an das Bekenntnis gelöst wurde. Da aber die Heilige Schrift nicht zum Schweigen gebracht werden konnte und da das kirchliche Bekenntnis nach wie vor in die Heilige Schrift wies, haben sich allenthalben diejenigen, die der Schrift als dem Worte Gottes

gehorsam sein wollten, zusammengefunden und in heißem Ringen versucht, Aufgabe und Bestand der Kirche zu retten. Ihre Arbeit führte zu einem Interim: zur vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, unter ihr zu Bekennenden Kirchen, zu freien Bekenntnissynoden und Bruderräten zur Leitung in den in Unordnung geratenen Gebieten. Das war ein kirchliches Interim. „Einstweilen“ tat die vorläufige Leitung ihren Dienst, bis sie nach Wiederherstellung von Gesetz und Recht einer geordneten endgültigen Leitung Platz machen sollte. Dieses kirchliche Interim schied die Irrlehre aus und handelte damit nach der Heiligen Schrift in Beachtung der Bekenntnisse. Irrlehre in der Kirche kann nur durch bessere Belehrung der Irrenden, durch Wiedergewinnung der Bekehrbaren und durch Ausscheidung der Unbekehrbaren überwunden werden, „ohn menschliche Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort.“ Das braucht Zeit. Dieses kirchliche Interim hätte dadurch beendet werden können, daß der Staat, der die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche anerkannt — in allen ihren Artikeln anerkannt hatte, erklärt hätte: eine von der Kirche nach dem kirchlichen Notrecht gemäß ihrem Bekenntnis herausgestellte Kirchenregierung, die alle an dasselbe Bekenntnis gebundenen Kirchen, Gemeinden, Pfarrer und Kreise hinter sich hat, ist die allein verfassungsmäßige Kirchenregierung ²⁾. Der Staat hat das aus

²⁾ Aus der Botschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche von Dahlem:

III. 1. Wir stellen fest: Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist zerschlagen. Ihre rechtmäßigen Organe bestehen nicht mehr. Die Männer, die sich der Kirchenleitung im Reich und in den Ländern bemächtigen, haben sich durch ihr Handeln von der christlichen Kirche geschieden.

2. Auf Grund des kirchlichen Notrechts der an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirchen, Gemeinden und Träger des geistlichen Amtes schafft die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche neue Organe der Leitung. Sie beruft zur Leitung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen den Bruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche und aus seiner Mitte den Rat der Deutschen Evangelischen Kirche zur Führung der Geschäfte. Beide Organe sind den Bekenntnissen entsprechend zusammengesetzt und gegliedert.

IV. Wir übergeben diese unsere Erklärung der Reichsregierung, bitten sie, von der damit vollzogenen Entscheidung Kenntnis zu nehmen und fordern von ihr die Anerkennung, daß die Kirche, unbeschadet des staatlichen

Gründen, die an diesem Ort nicht zu erörtern sind, nicht getan. Er wollte aber auch nicht, daß die Unordnung in der Deutschen Evangelischen Kirche ein Dauerzustand würde, daß seine Gerichte mit kirchenpolitischen Prozessen überlaufen würden, daß bestimmte Kreise, die durch die unkirchlichen Kirchenwahlen des Jahres 1933 in kirchliche Führerstellen gelangt waren, sich seines starken Armes zu bedienen suchten, um ihr mißlungenes Regiment festzuhalten, den Staat aber damit zu belasten. Darum gab er am 24. September 1935 das Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche, durch das der schon längere Zeit vorher ernannte Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten ermächtigt wurde zur Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche und in den evangelischen Landeskirchen Verordnungen mit rechtsverbindlicher Kraft zu erlassen. In den einleitenden Sätzen zu diesem Gesetz wird betont, daß die Reichsregierung von dem Willen durchdrungen sei, einer in sich geordneten Kirche möglichst bald die Regelung ihrer Angelegenheiten selbst überlassen zu können, daß aber jetzt, um den Bestand der Deutschen Evangelischen Kirche zu sichern und eine Ordnung herbeizuführen, die es der Kirche ermöglichen solle, in voller Freiheit und Ruhe ihre Glaubens- und Bekenntnisfragen selbst zu regeln, das Gesetz erlassen werde, in der Erkenntnis, daß keiner der kämpfenden Gruppen die Regelung der kirchlichen Angelegenheiten und die Aufgabe, Ordnung zu schaffen, überlassen werden könne.

Dieses Gesetz begründet das staatliche Interim für die Kirche. Daß es sich um ein Interim handeln soll, wird noch deutlicher aus der „Ersten Verordnung zum Kirchengesetz“ vom 3. Oktober, wonach eine Frist bis zum 30. September 1937 gesetzt ist, um eine gesunde kirchliche Entwicklung anzubahnen. Interim — Einstweilen leitet und vertritt die Deutsche Evangelische Kirche der Reichskirkenausschuß, ein staatlicher Ausschuß von Männern der Kirche, die aus der Union, aus der Lutherischen, aus der Reformierten

Aufsichtsrechts, in Sachen ihrer Lehre und Ordnung, allein zu urteilen und zu entscheiden berufen ist.

(Zum kirchl. Notrecht vgl. Schmalk. Art. Tract. De Pot. et Prim. Papae, Müller S. 342; Augsb. Konf. Art. 28, Müller S. 64.)

Kirche kommen, die in den Reihen der Bekennenden Kirchen stehen, die einmal Deutsche Christen gewesen waren, die heute noch Deutsche Christen sind, die endlich weder hier noch dort sich beheimatet wissen.

I n t e r i m — Einstweilen (bis längstens zum 30. September 1937) ist das so. Am Ende steht ein hohes Ziel: die einige, in ihrem Bestand gesicherte, ihrer selbst wieder mächtige Deutsche Evangelische Kirche. In der Zwischenzeit — Interim — sollen, das ist das erste Anliegen, die beiden kämpfenden Gruppen — und doch wohl auch die dem Kampfe bisher zuschauende Gruppe miteinander sich vertragen und zu einer Kirche werden. Der Staat, dem „zu lehren und geistlich zu regieren nicht befohlen ist“, der auch gemäß seinem Wesen und seinem Auftrag nicht wissen kann, was reine Lehre ist und was nicht³⁾, sieht nur kämpfende Gruppen und scheidet nicht zwischen denen, die nach Schrift und Bekenntnis den Anspruch erheben die Kirche zu sein, und denen, die vor Schrift und Bekenntnis in ihrer Verkündigung und in ihrem Handeln nicht zu bestehen vermögen. Darum hält er sich bei seinen Entscheidungen an die Zahl, an die Mächtigkeit der Bewegung der einen und anderen sogenannten Gruppe, an die Anzeichen der Staatsverbundenheit u. ä. Das bedeutet, daß er bestrebt ist, jeder der Gruppen den ihr nach diesem äußeren Maßstab zukommenden Einfluß zu sichern und innerhalb der Grenzen des staatlichen Auftrags eine einmütige Arbeit mit der anderen Gruppe zuzumuten. Die Kirche aber ist gehalten, wenn sie nicht sich selbst aufgeben will, an ihrem Bekenntnis festzuhalten und vom Bekenntnis her zu urteilen. Das Bekenntnis aber heißt sie von einem Interim in dem ernstesten Sinn der geschichtlich gewordenen Bedeutung sprechen und die Gefahren und Versuchungen ganz klar erkennen und abwehren, die jedes Interim, das irgendwie in die Lehre der Kirche hineingreift, in sich birgt.

Wie wenig sich Bekenntnis und interimistische Ordnung der Kirche auseinandernehmen läßt, zeigt die Anordnung des Reichskirchenausschusses über die Benützung der kirchlichen Gebäude. Um der Befriedung der Kirche willen sollen die sogenannten kirchlichen Minderheiten das Recht haben ihre Got-

³⁾ Vgl. die Kundgebung des Lutherischen Rates vom 9. 4. 35, S. 31.

tesdienste in den ihnen bisher verschlossenen und verweigerten Kirchen zu halten.

Ein kirchliches Minderheitenrecht ist nur in einer Kirche am Platz, die keine Kirche mehr ist. Dort aber ist keine Kirche mehr, wo kein einhelliges öffentliches Bekenntnis der Kirche mehr vorhanden ist. Nach ihrer Geschichte und nach ihrem tatsächlichen Zustand ist die Kirche der Altpreußischen Union keine Kirche eines einmütigen Bekenntnisses. Hier gelten die Bekenntnisse der Reformation nebeneinander, miteinander, durcheinander und in der Folge davon nicht mehr so, daß eine Lehrzucht auch im weitherzigsten Sinne gehandhabt werden könnte. Da vollends die Zeit des theologischen Liberalismus die Vertretung der verschiedenartigsten Lehren auf den Kanzeln dieser Kirche möglich machte, und ein bekenntnisgebundenes Kirchenregiment fehlte, gehörte die Minderheit und die Parteilung zu den gewohnten unerfreulichen Erscheinungen der Union. Wo es in ihr nicht so war und ist, zehrt sie noch von den Gütern einer vergangenen Segenszeit. Doch auch dort, wo das Bekenntnis zwar in Geltung stand, aber nicht tatsächlich geltend gemacht wurde, also z. B. in sogenannten lutherischen Landeskirchen fand man sich mit kirchlichen Minderheiten und regelrecht ausgewachsenen Sekten in der Kirche ab. Daß man etwa das Dasein der Deutschkirche, die von der lutherischen Kirche nun ganz klar abgefallen ist, als einen kirchlichen Jammer und als untragbar empfunden hätte, ist nicht bekannt geworden, im Gegenteil, man hielt es für möglich den Deutschkirchlern auch Kirchenregimentliche Ämter zu überlassen.

Wenn man aber das Bekenntnis als das Feldzeichen der Kirche aufwirft, unter dem sie zur Sammlung ruft, für das sie sich einsetzt und mit dem sie in den Kampf zieht, dann kann schlechterdings nur ein sehr deutliches Nein gesagt werden zu der Möglichkeit, daß zweierlei Glauben in der Kirche nebeneinander und das heißt doch hier gegeneinander stehen kann, geduldet, gepflegt, verkündigt werden darf. Das Politische Christentum, das die Thüringer Deutschen Christen verkündigen, ist nicht der Glaube, den die lutherische Kirche bekennt, sondern Irrglaube, Schwärmerei, Verführung⁴⁾. Aber sagen nicht die anderen

⁴⁾ Vgl. Paul Althaus: Politisches Christentum, Ein Wort über die

Deutschen Christen, daß sie den Thüringern darin die Gefolgschaft verweigern, daß sie vielmehr auf dem Boden des Bekenntnisses — welches Bekenntnisses? — stehen? Ja, sie werden nicht müde, das zu beteuern, und doch verraten ihre Reden, daß sie grundsätzlich zu den Thüringern gehören, auch wenn sie um eine oder zwei oder mehr Stufen ihrer Erkenntnisse sich von ihnen unterscheiden. Die süddeutsche Zeitschrift der Deutschen Christen, der Deutsche Sonntag, gibt darüber in erschreckend klarer Weise Auskunft⁵⁾. Die Kirche aber ist gehalten, das Wort ihres Herrn zu beachten: „Sehet euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu euch kommen, inwendig aber sind sie reißende

Thüringer „Deutschen Christen“; 1935 (Theologia militans, Heft 5). Siehe auch Walter Rünneht in „Politisierte Kirche“ (Wort und Tat, Dezember 1935, S. 365 ff.).

⁵⁾ Vgl. 3. B.:

„Jesus ist der geschichtliche Beweis dafür, daß das Herauswachsen aus Gott Menschen bildet, die über das kleine, beschränkte Personwesen hinwegkommen. Daß der Mensch, wie wir ihn an uns selbst und um uns her kennen, überwunden werden kann. Daß ein bis dahin nie erlebter Typus, der Gottessohn, sich erhebt, der nicht allerlei Richtigkeiten aussagt, sondern Kräfte und Früchte verteilt, die Gotteskinder ernähren“ (Jesu Persönlichkeit in „Deutscher Sonntag“ vom 4. 8. 35, Nr. 27, S. 216).

„. . . Wir wollen das Evangelium Jesu zum Ausgangspunkt [für ein neues Konfirmandenbüchlein in Württemberg] nehmen, nicht das des Paulus, und zwar unter der Fragestellung der Gegenwart. . . . Von Frage 14 an ist nur noch von „Sünde“ die Rede. Das ist ein rein negatives Christentum. Es fehlt ein rein positives Christentum. . . . Wir wollen auch keine Verpflichtung mehr auf ein konfessionelles Christentum“ (Deutscher Sonntag vom 28. 7. 35, Nr. 26, S. 210: „Konfirmandenunterricht und Konfirmation“).

„. . . Veranstaltungen der Deutschen Christen sind keineswegs als „konfessionelle“ zu betrachten, da wir Deutsche aus allen Konfessionen, auch solche, die keiner Kirche, Konfession oder Religionsgemeinschaft angehören, unter unserer Parole vereinigen. . . .“ (Deutscher Sonntag vom 15. 9. 35, Nr. 33, S. 266).

„Artikel 24 (Antwort an einen Besorgten):

. . . Wenn der Nationalsozialismus heute oder in zehn Jahren alle Pfarrer schweigen hieße, ihnen allen Religionsunterricht nähme, ja gar alle Kirchen schließen müßte (um des Unfriedens willen, den die Konfessionen bringen) — so wollte ich doch Nationalsozialist sein und bleiben. Und mit mir unzählige, sicher nicht die schlechtesten unserer Nation!“ (Deutscher Sonntag vom 24. 11. 35, Nr. 43, S. 352).

Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen" (Matth. 7, 15. 16). Vom Bekenntnis will nicht bloß geredet werden, nach dem Bekenntnis soll gehandelt werden. Niemand kann die Kirche von der Pflicht entbinden, die Geister zu prüfen, ob sie von Gott sind: „denn es sind viel falsche Propheten ausgegangen in die Welt" (1. Joh. 4, 1). Niemand kann für die Kirche festsetzen: „Interim — Einstweilen gibt es keine Irrlehre mehr, einstweilen ist von Irrlehre nicht mehr zu reden!" Die Kirche aber redet davon im Gehorsam gegen ihren Herrn und dieses ihr verantwortliches Reden zwingt sie zu verantwortlichem Handeln. Sie kann irrende Brüder tragen, solange die bereit sind, sich der öffentlichen Verkündigung der Kirche zu unterstellen und sich durch das Bekenntnis zurechtweisen zu lassen, sie kann aber nicht dulden, daß neben die kirchliche bekennnisgebundene Predigt der Kirche eine zweite, bekennniswidrige tritt mit dem Anspruch das gleiche Recht in der Kirche zu haben. Eine bekennnisgebundene Kirche kann niemals von sich aus zulassen, daß ihre Kanzeln auch denen freigegeben werden, die ein anderes Evangelium verkündigen als das von den lutherischen Vätern verkündigte, das Evangelium von Jesus Christus, dem Sohne Gottes, dem Herrn der Kirche, dem Heiland aller Welt. Sind aber die Prediger des Evangeliums einmütig in der Anerkennung des VII. Artikels der Augsburgerischen Konfession, nämlich, daß die Kirche sei „die Versammlung aller Gläubigen, bei welchen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakrament lauts des Evangelii gereicht werden", weiter, „daß es genug sei zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirchen, daß da einträchtiglich nach reinem Verstand das Evangelium gepredigt und die Sakrament dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden", hält sich also die Kirche tatsächlich an dieses ihr Bekenntnis gebunden, dann ist es unmöglich, daß sie das Nebeneinander- und Gegeneinanderbestehen von zweierlei Gemeinden in einer Kirche auch nur erwägen kann. Für eine bekennnisgebundene Kirche gibt es keine Deutsche Christenkirche inmitten der lutherischen oder reformierten Kirche. Ist es denjenigen unter den Deutschen Christen, die immer wieder ihre Treue zum Bekenntnis betonen, ernst, dann müssen sie zugeben, daß auf dem Boden des Bekenntnisses nur eine Kirche bestehen kann, dann ist es ein schlechterdings bekennniswidriges Verhalten neben den geordneten lan-

des kirchlichen Gottesdiensten eigene Gottesdienste einzurichten und für diese die Gotteshäuser zu beanspruchen. Es gibt nur die eine rechtmäßige, kirchlich erlaubte Möglichkeit zur Einheit und zum Frieden in der Kirche zu gelangen: Rückkehr zum Bekenntnis und Zurückführung der unter allen möglichen, nur nicht unter kirchlichen Lösungen von der Gemeinde Getrennten. Ein bekennnisgebundenes Kirchenregiment kann einen anderen Weg weder zeigen noch beschreiten. Wo aber ein solches Regiment nicht besteht, da ist die Kirche nach wie vor gezwungen ein bekennnisgebundenes Votkirchenregiment einzurichten, das alle wesentlichen Aufgaben eines Kirchenregiments erfüllt: Ordination, Installation, Visitation. In den deutschen Landeskirchen, deren Kirchenregiment in den Händen häretischer Bischöfe lag und liegt, ist das rechtmäßige geistliche Regiment auf die Pfarrer und Gemeinden übergegangen, die allein der Heiligen Schrift gehorchen und am Bekenntnis festhalten. Auch wenn sie dann die Minderheit in ihrer Kirche bilden, sie sind die Kirche, die ihren Namen nach dem Bekenntnis zu Recht trägt. Getrennt von der Kirche haben sich die, welche das Bekenntnis preisgegeben haben, nicht die, welche gegen ein häretisches Kirchenregiment stehen müssen⁶⁾.

Daß solche Kämpfe und Trennungen nicht leichten und frohen Herzens durchgestanden werden können, ist jedem einsichtig, der mit Ernst in der Kirche Jesu Christi stehen will. Daß hier die endgültigen Formen des kirchlichen Lebens und die auch äußerlich durchgeführte Scheidung nur langsam ausreifen, das läßt die Kirchengeschichte wenigstens in etwas ermessen. Solange der Zustand der Reife nicht erreicht ist, dauert das kirchliche Interim. Während dieser Zeit hat die Kirche zu beweisen, daß sie Kirche ist, also gebunden an das Wort ihres Herrn. Das heißt hier, daß sie der Irrlehre den Kampf ansagt, so, daß sie die Botschaft des Evangeliums dagegen setzt und mit neuem Ernst, mit neuer Freude und Entschlossenheit ihr Bekenntnis bekennt. Damit wirbt sie um die, welche aus der Wahrheit sind und holt sie vom Irrtum zurück, damit hebt sie dann aber auch die Kirchengemeinschaft mit denen auf, die hartnäckig auf der Irrlehre bestehen. Im deutschen Protestantismus heute

6) Vgl. die Erklärung des Deutschen Lutherischen Tages S. 41 f.

von kirchlichen Gruppen oder Richtungen reden, heißt die Bitterkeit der Lage verkennen; denn der deutsche Protestantismus befindet sich mitten im Schisma. Die Aufhebung oder Teilung eines Schismas kann nur von dem Grunde her erfolgen, der die Kirche trägt und den sie im Bekenntnis als ihren Grund anerkannt hat.

Nun aber ist das kirchliche Interim abgelöst durch ein staatliches Interim. Was heißt das im einzelnen? Das heißt zunächst: der Staat hat der Kirche nicht die Rechtshilfe geleistet, die sie im Bewußtsein sowohl ihrer als der staatlichen Grenzen erbeten hatte. Die Kirche kann wohl ein ihr eigentümliches Recht setzen und sie wird, wenn anders sie ihrer Dienstaufgabe in und an der Welt eingedenk ist, die ihr gemäße Kirchenordnung ausbilden, sie bedarf aber, wenn sie nicht darauf verzichten will, eine öffentlich anerkannte und in den öffentlichen Rechtsformen wirkende Gemeinschaft zu sein, der staatlichen Bestätigung oder Anerkennung oder zum mindesten der Kenntnisnahme ihrer Ordnungen durch den Staat⁷⁾. In der Erwägung, daß durch die Reichskirchenregierung Müller-Jäger die Verfassung der Kirche vom Juli 1933 tatsächlich außer Kraft gesetzt worden war und daß durch den in vielen Monaten geschaffenen Rechtswirrwarr eine Anknüpfung an eine einwandfreie kirchliche Gesetzgebung unmöglich wurde, hat die Kirchenleitung, die von den Kirchen, Gemeinden und Kreisen, welche sich vom Bekenntnis bestimmt wußten, herausgestellt wurde, sich klar als eine „vorläufige“ bezeichnet.

Es schien zunächst so, als sollten die durch den Rechtswirrwarr hervorgerufenen Rechtsstreite durch eine staatliche Beschlußstelle entschieden und so ein gangbarer Weg durch das Durcheinander gefunden werden. Diese Beschlußstelle besteht noch. Sie hat aber bis zur Stunde keine einzige maßgebende Entscheidung herbeigeführt. Ihre Tätigkeit ist anscheinend durch das staatliche Interim für die Kirche tatsächlich nicht mehr vorrangig. Das Interim schafft auf andere Weise Tatsachen — durch neue, reichsrechtlich gültige Gesetze und daraus folgende Maßnahmen, — die die Beschlußstelle wohl ihrer Arbeit entheben.

⁷⁾ Vgl. Dahlemer Botschaft, oben Anm. 2, S. 7.

Der Staat hat einen Reichskirchenausschuß eingesetzt. Dieser Ausschuß aus Männern der Kirche hat nach seiner eigenen Kundgebung vom 17. Oktober die Leitung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche übernommen. Damit ist ein staatliches Kirchenregiment an die Stelle des äußerlich und innerlich unhaltbaren Reichskirchenregiments des Reichsbischofs und seiner Mitarbeiter getreten unter Absehen von der kirchlich bevollmächtigten Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche. Auch wenn ausdrücklich und zu wiederholten Malen erklärt wurde, daß es sich um ein Interim handelt, so kann sich auch ein Interim — von dem niemand wissen kann, wie sich seine Auswirkungen nach dem angegebenen Zeitraum von zwei Jahren zeigen werden — der Beurteilung nach Schrift und Bekenntnis nicht entziehen. Es hilft gegen dieses Urteil natürlich auch nicht das Verbot, dieses Urteil zu fällen oder gar auszusprechen. Die Kirche kann der Aufgabe nicht ausweichen, das ihr aufgetragene Urteil nach den ihr gegebenen, für sie allein rechtmäßigen Maßstäben — Schrift und Bekenntnis — abzugeben. Darnach aber steht ein Doppeltes fest: Der staatliche Ausschuß ist hinsichtlich seiner kirchlichen Zusammensetzung ein Unionsausschuß, der nicht wie das Geistliche Ministerium nach der Verfassung den Bekenntnissen entsprechend gegliedert ist. Er ist weiter hinsichtlich seiner Arbeitsmöglichkeit kein Kirchenregiment im kirchlichen bekenntnismäßigen Sinn. Kirchenregimentliche Befugnisse im eigentlichen Sinne z. B. über eine lutherische Kirche stehen ihm nicht zu⁸⁾. Nimmt er sie doch in Anspruch, dann ist sein Eingriff nicht ein kirchlicher, sondern ein staatlicher. Die Kirche hat keine Macht sich dagegen zu setzen, aber sie hat die Pflicht ihr Bekenntnis zu bezeugen und dort Widerstand zu leisten, wo ihr Bekenntnis — auch nach Seiten seiner Kirchenregimentlichen Auswirkung — angegriffen ist. Die Gefahr entgegen Augustana 16 und 28 kirchliche und staatliche Aufgaben zu vermischen, ist eine offene. So ist in keiner Weise ersichtlich, inwieweit das staatliche Ministerium handelt und inwieweit der Reichskirchenaus-

⁸⁾ Vgl. hier und zum Folgenden: Die Kundgebung der bayer. Landeskirche vom 17. 3. und die vom 15. 9. 1935, S. 23 und 28.

schuß. Wenn man den Ausschuß auch als Ordnungsmacht zur Aufräumung des durch ein vielfältiges kirchliches Mißregiment verschuldeten Trümmersfeldes anerkennt, so ist auch dabei nicht erklärt, wer eigentlich in Vollmacht handelt, der Ausschuß, der bekanntlich die Leitung und Vertretung der Kirche beansprucht oder die staatliche Macht, für die er dann nur eine Zwischenschaltung zur Kirche hin wäre. In der That betrachtet sich der Ausschuß selbst nicht bloß als die ordnende Macht zur Aufräumung in der Kirche, sondern auch als kirchliche Leitung in innerkirchlichen Dingen, die bekenntnisgebunden sind. Der Reichsbischof, der zusammen mit den Deutschen Christen im Reich und in den meisten Landeskirchen zwei Jahre Vollmacht und Gelegenheit hatte unter Beweis zu stellen, was Kirchenregiment in einer evangelischen Kirche sei, und der zusammen mit den Deutschen Christen schuldig ist an dem Wirrwar in der Kirche, ist wohl entmächtigt, aber er ist Reichsbischof, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wäre ihn auf Grund der nicht bloß einem kleinen Kreis bekannten Tatbestände zur Verantwortung zu ziehen. Dagegen ist es aber durch das Vorhandensein des Reichskirchenaussschusses unmöglich gemacht nach den kirchlichen Erkenntnissen und den bekenntnismäßigen Notwendigkeiten die Kirchengemeinschaft mit Irrlehrern aufzuheben oder die Spaltung kirchlich zu überwinden. Auch der Reichskirchenaussschuß muß nach seiner Herkunft und nach seiner Zusammensetzung von gleichberechtigten, nebeneinanderstehenden Gruppen reden und kann hier nicht, so wie es das Bekenntnis gemäß der Heiligen Schrift verlangt, ein Damnamus sprechen. Er kann also die wesentliche bischöfliche Aufgabe, über die Lehre zu urteilen und Irrlehre abzuwehren und den kirchlichen Bann (nach Augustana 28) zu gebrauchen nicht ausführen. Kirchenregiment gemäß dem lutherischen Bekenntnis ist er nicht. In seinem Handeln zeigen sich die Auswirkungen seines falschen Anspruchs: er meint mit personalen Neubesetzungen durchzukommen ohne dem übel an die Wurzel zu greifen, nämlich an die Zerstörung des Bekenntnisses und der kirchlichen Substanz. Weil er nicht aus der Vollmacht eines Bekenntnisses reden und handeln kann, wird er ohnmächtig bleiben gegen Mißdeutungen oder Umdeutungen

der christlichen Botschaft, die heute nicht nur da und dort, sondern vor der Öffentlichkeit des Volkes in wesentlichen Stücken verweltlicht und damit ihres Anspruches und ihres Ernstes zu entkleiden versucht wird.

Wozu soll es führen, wenn der Reichskirchenausschuß auf der Grundlage eines staatlichen Gesetzes die geistliche Regierung der Kirche ausübt? Es ist doch so, daß bei der tatsächlichen Vermischung der Ämter des Staates und der Kirche jede Verurteilung einer Maßnahme des Ausschusses vom Staat geahndet werden muß. Dann aber bedeutet das eine schwer tragbare Belastung evangelischer Gewissen, die gefangen sind in Gottes Wort und aus dieser Bindung heraus nach den evangelischen Maßstäben, Schrift und Bekenntnis, einfach reden und handeln müssen, und das in einer Zeit, in der jedes Wort eines evangelischen Pfarrers auf die politische Goldwage gelegt wird! Es bleibt abzuwarten, ob und wie es dem Ausschuß gelingen wird, die wahre evangelische Freiheit, die immer verantwortliche Bindung an Gott ist, zu bewahren. Die Furcht ist nur zu berechtigt, daß er das nicht kann. Was wird er gegen einen bekenntnistreuen Pfarrer unternehmen, der kraft seines Amtes, gebunden durch seine Ordination, sich weigert, einem Irrlehrer seine Kanzel einzuräumen? Was wird der Ausschuß tun, wenn die rückhaltlose Vertretung der evangelischen Wahrheit, auch dann, wenn sie dem stolzen natürlichen Menschen bitter zu hören ist, in Wort und Schrift zu vertreten verboten wird (auch im Rundfunk!)? Wird sich der Ausschuß daran erinnern, daß die lutherische Reformation nur dadurch den Raum zur Durchsetzung ihrer Aufgaben fand, daß Luther und seine Mitarbeiter ungehindert in Flugschriften und Büchern ihre Gedanken vertreten konnten? Kann das die Kirche heute?

Die lutherische Kirche in Deutschland lebt in einem Interim. Ihr Kirchenregiment liegt bei den rechtmäßig im Amte stehenden Bischöfen, die durch ihr Amt an das lutherische Bekenntnis gebunden sind und über diesem Bekenntnis zu wachen haben, damit es mit Ehren in diesen „geschwinden Zeitläuften“ bewahrt und bekannt werde. Die Bewahrung und das Bekennen des Bekenntnisses ist heute die Aufgabe der Kirche im Volke und vor dem Volke. Und wenn gesagt wurde, daß die Kirche mit dem Volke marschieren müsse, dann nehmen wir dieses Bild an und

setzen hinzu, ja, die Kirche will und wird mit dem Volke marschieren so wie ein getreuer Feldprediger mit seinem Heere, der sich vor Gott verantwortlich weiß für alle, zu deren Hirten, Lehrer und Prediger er bestellt ist. Die Kirche marschiert mit dem Volke, aber sie marschiert als Kirche mit, die von Gott in dieses Volk hineingestellt ist als die treue, freimütige, unerschrockene Predigerin eines ewigen Wortes, eines göttlichen Gesetzes und einer göttlichen frohen Botschaft, die nicht aus dem Volke, sondern zu dem Volke kommt. Anders ist die Kirche fehl am Platz.

Eine Kirche, die im Interim leben muß, lebt in der Gefahr. Die lutherische Kirche nach Luthers Tod lebte in der Gefahr, langsam, aber mit Bedacht wieder unter das römische Papsttum zurückgeführt zu werden. Das Festhalten am Bekenntnis der „zänfischen Theologen“ und die Bekenntnistreue der Gemeinden hat diese Gefahr abgewendet. Die Kirche des gegenwärtigen Interims lebt in nicht geringerer Gefahr, nämlich in der Gefahr, während des ihr auferlegten inneren Krieges aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen zu werden. Die einmal ernsthaft erörterte Frage: „Tritt die Kirche aus dem Volke aus?“ hat der anderen zu weichen: „Wird das Volk aus der Kirche herausgeführt?“ Es sind Mächte am Werk, die diese Herausführung des Volkes aus der Kirche nicht nur begrüßen würden, sondern sie mit allen Mitteln betreiben. Während des Interims der Kirche läuft noch ein Interim, ein „Unterdesse“, ein „Inzwischen“. Während die Kirche in sich selbst gebunden ist, so wird in diesen Kreisen gedacht, laßt uns an ihrem Untergang, zum mindesten an ihrem Untergang als Volkskirche arbeiten! ⁹⁾ Die allgemeine Lage erscheint den Kirchenfeinden günstig. Der Kirche ist die Presse verschlossen, nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die kirchliche Presse. Sie muß wohl Kritik, Tadel, Verunehrung über sich ergehen lassen, sie kann aber diese Kritik nicht in der gleichen Öffentlichkeit, in der sie erfolgte, zurechtrücken, sie muß den Tadel unbeantwortet lassen und vermag es nicht für ihre Ehre öffentlich einzustehen. Der

⁹⁾ Volkskirche ist hier gemeint als Kirche, die Eingang hat in die vom Staat her geleiteten Ordnungen und Einrichtungen (öffentliche Schulen, Heer, Anstalten, Krankenhäuser, Gefängnisse u. a.).

evangelische Pfarrer ist außerstande, dem gegen ihn erzeugten Unwillen wirksam entgegenzutreten und muß es hinnehmen ein „zänkischer Pfaffe“ zu heißen. Die Kirche hat es hören müssen, daß ihr wohl der Himmel gehöre, daß sie aber an der Lebensgestaltung des Volkes keinen Anteil habe. Diese Trennung wäre klar und einfach, wenn sie richtig wäre und dem unaufgebbaren Auftrag der Kirche entspräche. Die Botschaft der Kirche trifft den ganzen Menschen in allen seinen Lagen und Beziehungen. Sie ergeht an den Menschen, der auf dieser Erde in seinem bestimmten Beruf und Stand unter Gottes Willen, Gericht und Trost gerufen ist. Darum kann die Kirche niemals darauf verzichten, um die Freiheit ihrer Verkündigung nicht nur in ihren „Tempeln vor ihrem Gott“, sondern auch außerhalb derselben mit Entschiedenheit zu ringen. Sie darf weder den Dienst der Seelsorge an der getauften Jugend, sei es in der Schule, sei es im Verband der Staatsjugend, noch die Predigt des Wortes Gottes, das auch immer zur Stunde ihres Volkes redet, sei es durch die Verkündigung des Gesetzes oder des Evangeliums, freiwillig aufgeben. Wer hören will, der kann es hören und wer erkennen will, der kann es erkennen, daß die Kirche des Evangeliums je und je eine unpolitische und im politischen Sinne machtlose Kirche gewesen ist¹⁰⁾. Aber das ist ja nun der Schmerz derer, die mit brennendem Herzen ihrem Volk den besten Dienst an seiner Seele tun wollen — den von Gott befohlenen, darum nicht zu fälschenden oder umzudeutenden Dienst der Verkündigung des ganzen Wortes Gottes — daß sie immer wieder erfahren müssen, mit welcher Verständnislosigkeit Art und Aufgabe der Kirche in der Öffentlichkeit dargestellt werden, ohne daß es gelänge, ein besseres Verständnis an die Stelle zu setzen. So wie niemand unser deutsches Volk wahrhaft verstehen und als sein Volk lieben kann, der nicht aus diesem Volke geboren und in guten und bösen Tagen mit diesem Volke verbunden ist, so kann auch niemand die Kirche Jesu Christi wirklich verstehen, der nicht ein lebendiges Glied in ihr ist, der nicht an Jesus Christus als an seinen Herrn und Gott glaubt. Wer diesen Glauben nicht hat, sieht die Kirche von außen, beurteilt ihren „Wert“ nach den ihm

10) Vgl. hierzu Christian Stoll: „Das Machtprinzip und die Kirche“ in der Zeitwende, 12. Jahrg., Heft 2, Nov. 1935, S. 100 ff.

in die Augen fallenden und vor seinem Urteil bestehenden nützlichen Leistungen, ärgert sich an ihrer Lehre, den „Dogmen“, und schilt sie wegen des ihm unnötig dünkenden Streites in ihrer Mitte. Die Rede von der Kirche, die die Volksgemeinschaft stört oder gefährdet, so töricht und unwahr sie ist, muß von der mangelnden Erkenntnis der Art und des Wesens der Kirche her verstanden werden. Muß es bei solchem Mißverständnis dann nicht „Reaktion“ sein, wenn die Kirche an der Konfessionsschule, deren Fortbestand ihr vom Staat verbürgt ist, festhält, wenn sie die Jugend, die sie getauft hat, nicht allein läßt im weltanschaulichen Ringen der Zeit, wenn sie ihre Liebeswerke nicht preisgibt und es nicht dulden kann, wenn man ihre Lehre lästert? ¹¹⁾ Es ist verhängnisvolle Blindheit, wenn man nicht sehen kann, was Gott unserem Volke Großes geschenkt hat, daß in ihm seine Kirche am Werke ist und Fundamente legt, die so tief und so stark sonst nicht gelegt werden können. Verhängnisvoll ist diese Blindheit, weil „inzwischen“ — interim! — die bösen Mächte am Werk sind, die das Volk umwerben und es vom rechten Weg auf einen Irrweg zu leiten suchen: sie reden dabei vom deutschen Glauben und geben die Kirche der Verachtung und dem Spott preis ¹²⁾. Sie säen Wind und werden Sturm ernten, wenn nicht

¹¹⁾ Die Kirche sieht unter den Äußern zur Ausmerzungen der Konfessionsschulen und des „Konfessionalismus“ in vorderster Front die Deutsche Glaubensbewegung und die ihr verbundenen Kreise. Vgl. Reichswart (24. 2. 35) über eine Versammlung Sauer im Gürzenich zu Köln: „Das Christentum gehört nicht mehr in das deutsche Volk!“ — Am Schlusse seiner Ausführungen stellte Wilhelm Sauer unter stürmischem Beifall seine klaren, unveräußerlichen Forderungen: Entfernung des Konfessionellen Unterrichts von Anfang aus den deutschen Schulen, ebenso aus den deutschen Lehrerseminaren und deutschen Hochschulen und allen Bereichen, die für den Staat von höchster Wichtigkeit seien.

¹²⁾ Ein paar Beispiele!

Aus dem „Trutzlied“, das in Schulungen „gelehrt“ wird:

... „Die Zeit verging, der Pfaffe blieb,
Dem Volke die Seele zu rauben,
Und ob ers römisch, ob lutherisch trieb,
Er lehrte den jüdischen Glauben.
Doch sind die Jahre des Kreuzes vorbei,
Das Sonnenrad will sich erheben,

Gottes Gnade dem Einhalt gebietet. Mit Recht weist D. Adolf Schlatter auf die furchtbare Möglichkeit hin, daß „der Jude über uns siegen“ könnte, über ein Volk, das ihn rassistisch überwunden hat und ihn ausschleidet aus seinem Kulturkreis; denn alle diejenigen, die gegen Christus und seine Kirche stehen, die die Kirche und ihre Predigt „privatisieren“ wollen, treten für die Ziele ein, die der Jude unter dem Fluche Gottes, in unserem Volke erreichen wollte und in der Zeit des politischen und weltanschaulichen Liberalismus zu einem Teile schon erreicht hatte. „Weil im ersten und im zweiten deutschen Reich auch die Kaiser selber die Weihnacht feierten, traf damals der jüdische Angriff auch den Staat. Heute kann dagegen der Rabbi mit Stolz sagen: „Seht, wie sich die Lage in Deutschland geändert hat; freilich werden wir verachtet, jedoch nur unserer Rasse wegen; dafür aber, daß der mit der Weihnacht gepredigte Wahn, der Christus sei gekommen, aus der Öffentlichkeit verschwinde, bemühten wir uns bisher allein; nun aber kämpfen auch solche mit uns, denen die Schulung des deutschen Volkes anvertraut ist, denen also der Deutsche zum Gehorsam verpflichtet wird.“ Freilich spricht der Jude, wenn er jetzt schon triumphiert, nur das aus, was er hofft, nicht das, was schon geschehen ist. Der Kampf ist noch im Gang und sein Sieg noch nicht entschieden. Da aber Blindheit und Feigheit sich für uns, die wir im Dritten Reich leben, nicht ziemen, kann dem Juden nicht bestritten werden, daß im deutschen Bereich die Lage für seine Weltanschauung noch nie so günstig war wie jetzt. Ihn kann es nur freuen, wenn die Feier

So werden durch Gott wir endlich frei,
Der Heimat die Ehre zu geben.

Wulf Sörensen, Die Stimme der Ahnen: „ . . . So wuchs aus der flammenden Empörung des nordischen Blutes ein Wittekind, der immer und immer wiederkehrte und die Seinen zum Kampf gegen die Lehren vom Sinai und von Nazareth führte. Denn tödliches Gift sind diese Lehren für unser Blut!! . . . Denn der Heide ist einer, der sich und seiner Art treu blieb, dessen Blut rein in den Adern fließt. Und dies reine Blut vermag die Welt nicht mit den Gasaugen vom Sinai und nicht mit den weichen Knien von Nazareth zu erleben. Es trägt das Göttliche rein und klar und schön in seinem roten Strome . . . durch die Erdenewigkeit des Geschlechts . . .“ — So zu lesen im Aushängekasten in einem Ort, an dem sich eine Landesführerschule für die Jugend befindet!

Die Beispiele ließen sich um ein Vielfaches vermehren.

der wiederaufsteigenden Sonne das Weihnachtsfest verdrängt und der Jugend eingeprägt wird, ihr einziges Bekenntnis sei von nun an, daß sie Deutsche seien, weil der Name „Christ“ für sie sinnlos geworden sei“¹³⁾.

I n t e r i m — ernste Zeit für die lutherische Kirche! Wird ihre Kirchenordnung, wird ihr Kirchenregiment nach dem Anspruch — nicht der oder jener starrköpfigen Menschen, sondern des Bekenntnisses eingerichtet werden? Oder soll wieder, wie vor hundert Jahren und wie im bisherigen Kirchenkrieg Bekenntnis und Ordnung, Bekenntnis und Regiment auseinandergerissen werden? Da sehe zu, wer berufen ist und verantwortlich handeln muß, daß richtig, entschlossen und treu gehandelt wird!

I n t e r i m — ernste Zeit für unser Volk! Soll es die Predigt des göttlichen Wortes, soll es die Gegenwart des Herrn Christus behalten oder dem absagen? Soll es im Umbruch der Zeit mit oder gegen Christus stehen?

I n t e r i m — ernste Zeit für die Welt! Die apokalyptischen Reiter jagen durch die Länder! Die Zeichen der Zeit mahnen an die letzten Dinge, die geschehen sollen. Die Kirche tut gut, die Botschaft vom Advent ihres Herrn für sich und die Gemeinde und die Welt zu hören. Advent, — weil die Kirche unter dieser ernststen und seligen Verheißung steht, bekommt ihr Reden und Handeln, ihr Leiden und Kämpfen, ihr Bekennen und Versagen den letzten tödlichen Ernst. Darum kann sie in dieser Zeit des Interims, des „Einstweilen“, des „Noch nicht“ nur bestehen, wenn sie hart am Wort bleibt, als bekennende Kirche.

Die Lehr und Ehr, Herr Jesu Christ,
nicht unser, sondern dein ja ist;
darum so steh du denen bei,
die bei dei'm Wort sich finden frei!
Dein Wort ist unsers Herzens Trutz
und deiner Kirchen starker Schutz;
dabei erhalt uns, lieber Herr,
daß wir nichts Bessers suchen mehr!
Amen.

13) D. Dr. Adolf Schlatter: Wird der Jude über uns siegen? Ein Wort für die Weihnachtszeit. Freizeiten-Verlag zu Velbert im Rheinland 1935, S. 3 f., 5; 22.

A n h a n g.

1. Aus der Kundgebung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern v. d. Khs. vom 17. März 1934.

1.

.....

2.

Unsere Kirche ist aber nicht nur eine Landeskirche, sondern Kirche eines bestimmten Bekenntnisses. . . . Wie unsere Kirche es in einer Zeit aufklärerischer Verflachung des Protestantismus bezeugt hat, so bezeugen wir es aufs neue auf Grund der Erfahrungen unserer Geschichte und des gegenwärtigen Lebens unserer Gemeinden: Das Bekenntnis ist für eine lutherische Kirche die Grundlage ihres Lebens und Wirkens. Nicht subjektive religiöse Überzeugungen, nicht fromme Gefühle und edle Gesinnungen konstituieren die Gemeinschaft der Kirche, sondern die objektive Wahrheit, die uns in der Offenbarung der Heiligen Schrift gegeben ist. Das Verständnis dieser Wahrheit, wie und soweit es ihr geschenkt worden ist, spricht die Kirche in ihren Bekenntnissen aus. Sie versucht in ihnen die Wahrheit vom Irrtum, die reine Lehre des Evangeliums von jeder Irrlehre zu unterscheiden. Die Kirche würde zugrunde gehen, wenn sie kein Bekenntnis mehr hätte. Sie würde sich selbst aufgeben, wenn sie auf die Bekenntnisbildung verzichten und wenn sie die Bekenntnisse, in denen sie ihr Verständnis der Offenbarung niedergelegt hat, außer Kraft setzen wollte, ehe ihr ein besseres, volleres, tieferes Verständnis der Offenbarung und damit die Möglichkeit eines neuen Bekenntnisses geschenkt worden ist. Darum kann der Beitritt zur Deutschen Evangelischen Kirche für unsere Kirche niemals bedeuten, daß sie aufhört, evangelisch-lutherische Kirche zu sein. Das Festhalten am lutherischen Bekenntnis, auf das unsere Pfarrer, unsere Kirchenregierung und die Mitglieder unserer Theologischen Fakultät verpflichtet sind, bedeutet keinen kirchlichen Partikularismus. Wir bezeugen damit im Gegenteil unsere unlösbare Zusammengehörigkeit in der vollen Einheit der Kirche mit allen Gläubigen, Gemeinden und Kirchen, die sich mit uns an das Grundbekenntnis der deutschen Reformation, die Augsburgerische Konfession als die evangelische Auslegung der Gl. Schrift gebunden wissen. Und wir reichen darüber hinaus allen Christen auch in anderen Konfessionen die Bruderhand der christlichen Liebe zu gemeinsamer Arbeit, die mit uns die Gl. Schrift als alleinige Quelle und Norm der Lehre der Kirche anerkennen und sich mit der Kirche aller Zeiten zum Glauben an den dreieinigen Gott bekennen.

3.

Wir stellen fest, daß die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 11. Juli 1933 in Artikel 2, Ziffer 3, den in der neuen Kirche zusammengeschlossenen Landeskirchen die Selbständigkeit im Bekenntnis und damit

die unveränderte Fortdauer ihres Bekenntnisses garantiert. Indem die Reichsregierung in dem Einführungsgesetz von demselben Tage diese Verfassung bestätigt, hat sie auch ihrerseits diese Verfassungsbestimmung anerkannt. Damit ist sowohl seitens der Deutschen Evangelischen Kirche als auch seitens der Reichsregierung der zuletzt in dem Vertrag zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern r. d. Ahs. vom 15. November 1924 öffentlich-rechtlich festgestellte Bekenntnisstand unserer Kirche anerkannt, d. h. es ist festgestellt, daß die Bekenntnisse, die am 11. Juli 1933 in ihr in Geltung standen, auch fernerhin gültig sind und daß die in unserer Kirche geltenden, das Bekenntnis betreffenden Gesetze nur von dieser Kirche selbst durch ihre verfassungsmäßigen Organe, nicht aber durch die Deutsche Evangelische Kirche abgeändert oder aufgehoben werden könnten. Wir sehen darin die Anerkennung, daß die Ungeänderte Augsburgerische Konfession von 1530, die durch den Religionsfrieden von 1555 und den Westfälischen Frieden von 1648 zu einem Dokument des alten Reichskirchenrechts geworden und seit dem vorigen Jahrhundert durch das Landeskirchenrecht als geltendes Bekenntnis unserer Kirche anerkannt war, auch in Zukunft der Deutschen Evangelischen Kirche und dem Deutschen Reich gegenüber als Bekenntnis unserer Kirche gelten wird.

4.

Steht aber dies unser Bekenntnis auch fernerhin verfassungsrechtlich in Geltung, dann werden aus dieser Tatsache für das Verhältnis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern r. d. Ahs. zu der Deutschen Evangelischen Kirche bestimmte folgerungen zu ziehen sein:

a) Da nach der lutherischen Lehre von der Kirche die Form der Verfassung nicht durch ein göttliches Gebot vorgeschrieben ist und nicht zum Wesen der Kirche gehört, wird die Deutsche Evangelische Kirche hinsichtlich der in Artikel 2, Ziffer 4 der Verfassung vorgesehenen Vollmacht, Richtlinien für das Verfassungs- und Rechtsleben der Kirchen zu geben, in den lutherischen Landeskirchen einen verhältnismäßig weiten Spielraum haben. Diese Vollmacht findet aber ihre Grenze am Bekenntnis. Da das Bekenntnis nach lutherischer Lehre der Verfassung unter allen Umständen übergeordnet ist, muß der Satz gelten, daß die aus dem Bekenntnis fließende Rechtsatzung im Konfliktsfalle dem durch landes- oder reichskirchliche Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen gesetzten Recht voranzugehen hat, daß also — etwa in der Ordnung des Amtes — keine verfassungsrechtliche Vorschrift als bindend erlassen werden kann, die den Erfordernissen des Bekenntnisses widerspricht. Wird dieser Grundsatz nicht anerkannt und befolgt, so wäre die notwendige Folge eine Aushöhlung des Bekenntnisses, die schließlich mit der Zerstörung des Bekenntnisses überhaupt und damit der in der Verfassung ausdrücklich anerkannten Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche enden müßte. Wird jene Grenze beachtet, so kann die der Deutschen Evangelischen Kirche gegebene Vollmacht von unermesslichem Segen für den deutschen Protestantismus werden.

b) Die in Artikel 2, Ziffer 3, der Reichskirchenverfassung den Landeskirchen gewährleistete Selbständigkeit im Bekenntnis schließt es aus, daß die Deutsche Evangelische Kirche oder einzelne ihrer Organe irgendwelche Lehrgewalt in unserer Kirche in Anspruch nehmen. Das Lehramt, d. h. das Amt der kirchlichen Verkündigung in Predigt und Unterricht, kann nur von den Amtsträgern ausgeübt werden, die dazu nach dem Bekenntnis (Conf. Aug. 5, 14, 28) und nach der Verfassung unserer Kirche befugt sind. Alle Verkündigung innerhalb unserer Kirche ist an den ordnungsmäßigen Auftrag des Landesbischofs oder seiner verfassungsmäßigen Vertreter gebunden und unterliegt hinsichtlich ihrer Bekenntnisgemäßheit der Aufsicht unserer Kirche. Letzteres gilt auch für den Lehrinhalt des Religions- und Konfirmandenunterrichts, der Christen- und Jugendlehre usw., der etwa den Landeskirchen von der Reichskirchenregierung vorgeschrieben wird.

c)

d) . . . Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist durch ihr Bekenntnis genötigt, das Amt des Landesbischofs auf die schrift- und bekenntnis-mäßigen Funktionen zu beschränken. Indem sie das tut, sucht sie das evangelische Bischofsamt, das uns verloren gegangen war, wieder aufzurichten und zu Ehren zu bringen. Sie fordert das Recht, das Bischofsamt so zu gestalten, wie es dem lutherischen Bekenntnis entspricht. Auch hier muß es gelten, daß etwaige verfassungsrechtliche Vorschriften der Reichskirchenregierung auf die Forderungen unseres Bekenntnisses Rücksicht zu nehmen haben. Das bedeutet u. a. folgendes:

1. Der Bischof einer Evangelisch-Lutherischen Kirche kann nur von dieser selbst berufen werden *).
2. Ein Bischof kann nur von der Instanz abberufen werden, die zu seiner Berufung befugt ist.
3. Die Abberufung eines Bischofs wie eines Pfarrers kann nur auf Grund eines geordneten, dem kirchlichen Recht und dem Bekenntnis entsprechenden Verfahrens erfolgen.
4. Der Bischof ist wie der Pfarrer in seiner Amtsführung an das Bekenntnis seiner Kirche, auf das er bei seiner Ordination verpflichtet worden ist, gebunden.
5. Der Bischof hat keine Lehrgewalt, die über die des Pfarrers hinausgeht.
6. Es gibt keinen Bischofstitel ohne Bischofsamt, d. h. ohne Sprengel.
7. Die Mitwirkung des Reichsbischofs bei der Berufung von Landesbischofen muß auf das in Artikel 2, Ziffer 5, der Verfassung bestimmte Maß beschränkt bleiben.

Indem unsere Kirche auf Grund ihres Bekenntnisses diese Forderungen stellt, glaubt sie dem Frieden und der Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche zu dienen. Denn der Ausbau der neuen Kirche, der die nächsten Jahre

*) Vgl. dazu die Anerkennung der altkirchlichen Ordnung der Bischofswahl bei Luther (WA. 53, 231 ff.) und in dem in die Bekenntnisschriften aufgenommenen Tractat. de Primatu et Potestate Papae, Bek.-Schr. 474 ff.

beanspruchen wird, kann nur dann zum Segen für unser Volk werden, wenn wir klar unterscheiden, was göttliches Recht und was menschliche Satzung in der Kirche ist. Von dieser klaren Erkenntnis hängt insbesondere auch die Zukunft des neuen bischöflichen Amtes ab. Dieses Amt in allen seinen Formen wird nur dann eine wirkliche innere Autorität gewinnen, wenn es ein wahrhaft evangelisches Bischofsamt ist.

5.

Das Bekenntnis der Kirche richtet sich nicht nur an die Glieder der Kirche, sondern immer zugleich auch an die Öffentlichkeit. Als unsere Väter vor vierhundert Jahren zum ersten Male ihr Glaubensbekenntnis, das Bekenntnis der Evangelisch-Lutherischen Kirche ablegten, da sprachen sie nicht nur für sich und für ihre Gemeinden den Konsensus des Glaubens aus. Sie legten vielmehr ihr Bekenntnis vor der ganzen Welt ab, vor dem alten Deutschen Reich, vor der Öffentlichkeit ihres Volkes und seiner Obrigkeit. Seitdem ist das Bekenntnis des lutherischen Glaubens, so oft es in der Geschichte Deutschlands wiederholt wurde, immer zugleich ein öffentlicher Akt gewesen und wenn unsere Kirche heute das Bekenntnis der Väter bekräftigt, dann geschieht das wiederum vor der Öffentlichkeit unseres Volkes und seiner Obrigkeit und in dem tiefen Gefühl der Verantwortung, die sie für die Einheit und den Frieden, für Gegenwart und Zukunft dieses Volkes trägt.

Als unser Reformator von der römisch-katholischen Kirche des Abendlandes als Irrelehrer ausgestoßen war, da wurde dieses Urteil durch ein Reichsgesetz bestätigt, in dem ihm und seinen Anhängern nicht nur das Bürgerrecht in Deutschland, sondern auch das Recht der Existenz abgesprochen wurde. Und als Begründung wurde dies angeführt, daß seine Lehre eine „unmenschliche Zertrennung“ der „deutschen Nation“ nach sich ziehen müsse. Gegen diesen schweren Vorwurf der Zerstörung der Volkseinheit hat die Evangelisch-Lutherische Kirche deutscher Nation sich immer wieder wehren müssen und sie muß es heute wieder tun. Wir können ihn hier nicht widerlegen. Es ist oft genug geschehen. Wir wollen nicht näher darauf eingehen, was diese Kirche für das Wesen einer deutschen Nation bedeutet hat, was der unerbittliche Wahrheitsinn, mit der sie Deutschland nach der letzten Wahrheit fragen lehrte, für die Geistesgeschichte unseres Volkes und seine Stellung in der Völkerwelt bedeutet hat. Wir möchten nur dies aussprechen, daß unser Festhalten am Bekenntnis unserer Kirche nichts, aber auch gar nichts zu tun hat mit irgendeinem Widerstreben gegen die Volksgemeinschaft und mit irgendeinem Widerstand gegen den Staat. Wir wissen uns in der Gemeinschaft des Volkstums auch mit denen verbunden, die nicht unseres Glaubens sind und der Gehorsam gegen den Staat und die freudige Mitarbeit an seinen Aufgaben ist uns eine Glaubens- und Gewissenssache, ist uns Gottes Gebot. Aber wir wissen auch um die Wirklichkeit der Kirche. Die Kirche ist uns kein Verein zur Pflege einer Weltanschauung, keine Religionsgesellschaft, die Menschen gegründet haben und deren Schicksal daher von menschlichem Willen abhängig wäre. So hat die Zeit der Aufklärung und des Liberalismus sie verstanden, die nun zu Ende ist, auch

in der Kirche längst zu Ende ist. Weltanschauungen können ein Volk zerschneiden, aber die großen christlichen Konfessionen sind noch etwas anderes als theologisch-philosophische Weltanschauungen. Vereine und Gesellschaften können alle Gemeinschaft in einem Volk vernichten, aber die Kirche ist nicht ein frommer Verein, ist mehr als eine „Religionsgesellschaft“. Darum behandelt der Staat sie nicht einfach als einen Verein zur Pflege einer bestimmten Weltanschauung. Das kommt ja auch in seiner Gesetzgebung zum Ausdruck. Für jeden Staat ist es, seit die Kirche Christi in die Geschichte eingetreten ist, ein großes Problem, was denn die Kirche sei und wie sein Verhältnis zu ihr geordnet werden müsse. Heute steht der neue deutsche Staat vor der weltgeschichtlichen Aufgabe einer völligen Neuordnung dieses Verhältnisses. Wenn er in dieser Zeit an uns, die Kirche, die Frage richtet, was wir sind und was wir wollen, dann können wir ihm inhaltlich keine andere Antwort geben als die, die unsere Väter dem alten Deutschen Reich und seinen Ständen gaben. Unser Bekenntnis entwickelt die Lehre von Kirche und Staat nicht in abstrakten Wesens- und Grenzbestimmungen. Sondern es weist auf die Wirklichkeit von zwei großen Ämtern hin, die in der Welt existieren. Es gibt ein Amt, das mit der Schöpfung gesetzt ist als Gottes Gabe und Gottes Ordnung für die Menschheit: das Amt der weltlichen Obrigkeit. Und es gibt ein zweites Amt, ganz anderer Art, das Amt der Verkündigung des Evangeliums, das Jesus Christus gestiftet hat. Jedes dieser Ämter hat seinen Bereich, der ihm allein gehört. Keines dieser Ämter soll in den Bereich des anderen eingreifen, wie unser Bekenntnis mit so großem Nachdruck der mittelalterlich-katholischen Vermischung von Kirche und Staat gegenüber lehrt. Der Staat kann nicht Kirche sein wollen; denn der Staat als solcher kann nicht das Gebot Gottes verkünden. Auch besitzt er nicht die Vollmacht der Sündenvergebung. Und die Kirche kann nicht Staat, auch nicht „Staat im Staate“ sein und das heißt das irdische Leben der Menschen beherrschen wollen, ohne ihr eigenes Wesen zu zerstören. Die Neuordnung des wechselseitigen Verhältnisses, die uns aufgegeben ist, kann nur in einer ganz neuen Abgrenzung der beiderseitigen Funktionen bestehen. Dem Ringen um die Lösung dieser Aufgabe wird die nächste Zukunft gehören. Was immer das Ergebnis sein mag, es wird nur dann zum Segen für unser Volk werden, wenn der neue deutsche Staat, unbeschadet aller Rechte, die er über die äußere Ordnung der Kirche — ähnlich wie über die äußere Rechtsordnung der Familie — hat, dem kirchlichen Amt die Möglichkeit läßt, die Botschaft, die ihm angetragen ist, frei und ungehindert zu verkündigen und der christlichen Gemeinde die Möglichkeit, ihr Eigenleben, auf das sie wie die Familie ein Recht hat, ungehindert zu entfalten. Die Freiheit, die die Kirche fordert, hat nichts zu tun mit den „freiheiten“, mit denen wir seit der Verkündigung der Menschenrechte in der Aufklärung überschüttet worden sind. Sie ist grundsätzlich etwas anderes als die Freiheit der Wissenschaft und die Freiheit der Kunst: es ist nicht die Freiheit, unsere persönlichen Meinungen und Weltanschauungen in Wort und Schrift nach Belieben zu verbreiten, sondern die Freiheit für das kirchliche Amt, das zu sagen, was zu ver-

künden es durch den Auftrag Gottes gezwungen ist, und wovon die Kirche sich in ihrem Bekenntnis Rechenschaft gibt.

2. Aus der Kundgebung zur „Eingliederung“

vom 15. September 1934

(Bekenntnisstand und Kirchengewalt; vgl. Amtsblatt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern d. d. Khs. Nr. 30, 1934, S. 135 ff.)

I.

.

II.

.

III.

.

IV.

Die gegenwärtige Deutsche Evangelische Kirche als ein Zusammenschluß bekenntnisverschiedener, nämlich lutherischer, reformierter und unierter Kirchen hat selbst kein Bekenntnis. Sie ist darum nicht Kirche im Sinne des 7. Art. der Augsburger Konfession. Kirche in diesem Sinne war bis jetzt vorhanden in den bekenntnisgebundenen Landeskirchen. Eine Landeskirche, die nach der neuen Weise durch die Aufgabe ihrer Kirchengewalt in die Deutsche Evangelische Kirche „eingegliedert“ wird, hört auf, Kirche im Sinne der lutherischen Reformation und ihrer Bekenntnisse zu sein. Denn ihre Kirchengewalt wird von einer Kirchenregierung ausgeübt, die nicht ihres Bekenntnisses ist. Hier aber droht stets die Gefahr, sich „bewegen und wiegen zu lassen von allerlei Wind der Lehre durch Schalkheit der Menschen und Täuscherei, damit sie uns erschleichen uns zu verführen“ (Eph. 4, 14).

V.

Lutherische Landeskirchen können ihre Kirchengewalt nur einer Reichskirche übertragen, die selbst eindeutig an das lutherische Bekenntnis (die Augsburger Konfession) gebunden ist. Nun aber hat es die gegenwärtige Reichskirchenregierung ausdrücklich abgelehnt, sich an das lutherische Bekenntnis zu binden (Gesetzblatt der D.E.K. Nr. 39 Teil II). Es ist aber lutherischer Grundsatz, daß das Kirchenregiment in der rechten Lehre und Sakramentsverwaltung übereinzustimmen habe mit der Kirche, die es regieren soll. „Es ist unzulässig, Kirchen durch ein gemeinsames Kirchenregiment ohne Übereinstimmung in der Lehre und Sakramentsverwaltung zu vereinigen.“ (Allgemeine Lutherische Konferenz Hannover 1868.) Auch in der Zeit des landesherrlichen Summepiskopats war dafür gesorgt, daß die Kirche eine Kirchenregierung ihres Bekenntnisses besaß. Denn nach der Augsburger Konfession (Art. 28) ist es die klar umrissene Aufgabe eines rechten Kirchenregiments über der rechten Predigt des Evangeliums und der rechten Verwaltung der Sakramente zu wachen. Woher aber will ein Kirchenregiment, das selbst nicht an das Bekenntnis gebunden

ist, das Recht und die Vollmacht nehmen, dieser Aufgabe, der ersten und letzten, die ihm übergeben ist, wirklich gerecht zu werden?

Die Geschichte des deutschen Protestantismus hat schmerzliche Beispiele dafür, daß eine Kirche, die das Bekenntnis gering achtet oder preisgibt, innerlich schwach wird und allen Angriffen unevangelischer und unchristlicher Lehren widerstandslos preisgegeben ist.

Um des uns anvertrauten Hirten- und Wächteramtes willen vermögen wir es nicht, das Kirchenregiment über unsere lutherische Bekenntniskirche in die Hände derer zu übergeben, die vom Bekenntnis gering denken und es durch ihr Handeln verleugnen.

VI.

.

VII.

Die Kirche ist nach Lehre und Handeln ein Ganzes und wird deshalb im ganzen Umfang ihres Lebens durch ihr Bekenntnis bestimmt. Die Unversehrtheit einer Bekenntniskirche ist nur gewährleistet durch die Kirchengewalt der Bekenntniskirche selbst. Kirchengewalt und Bekenntnis sind nicht zu trennen.

Wir verwerfen ein Pseudoluthertum, das behauptet, „sichtbare“ und „unsichtbare“ Kirche könnten geschieden werden, und das sich vermist, Kirchenregiment und Kirchenverfassung ohne Beziehung zur eigentlichen Aufgabe und zum Wesensgesetz der Kirche auszugestalten, und dadurch verhindert, daß der Dienst der Kirche mit Vollmacht in rechter Weise ausgerichtet wird.

Es ist eine verhängnisvolle Täuschung, wenn man glaubt erklären zu dürfen, Bekenntnis und Kultus blieben unangetastet, wenn auf die Kirchengewalt Verzicht geleistet würde. Die Grenze zwischen dem Gebiet der kirchlichen Verwaltung und dem Gebiet der Ob Sorge für Bekenntnis und Kultus ist fließend. Die Ausbildung der Geistlichen, die Besetzung der Pfarrstellen, die Gestaltung des Religions- und Konfirmandenunterrichts, die Ausübung der Visitation und anderes sind Aufgaben der Verwaltung und des Bekenntnisses. „Wo in der Kirche ist überhaupt ein Gegenstand, der nicht in irgendeiner inneren Verbindung zum Bekenntnis steht?“ (Rede des Landesbischöfs D. Meiser auf der a. o. Tagung der bayerischen Landes synode am 23. August 1934).

VIII.

Wir müssen darauf bestehen, daß der Bekenntnisstand der Deutschen Evangelischen Kirche geklärt wird. Nur eine Kirche mit klarem Bekenntnis ist ihren Aufgaben gewachsen. Nur eine Kirche mit klarem Bekenntnis wird auch die rechte Form ihrer Verfassung finden und im Rahmen dieser Verfassung ihrem Volk den Dienst tun können, zu dem sie von Gott gerufen ist. Wir verwerfen eine religiös neutrale Kirche, die nur dem Marxismus genehm sein könnte, aber unserem Volk den besten Dienst schuldig bleiben müßte.

Wir verwerfen alle die als Irrlehrer, die in den Bekenntnissen „wandlungsfähige“ Größen sehen und über die Bekenntnisse hinweg eine deutsche „Nationalkirche“ mit deutschgläubigem Einschlag erstreben.

IX.

Da sowohl die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche gebrochen, als auch das Bekenntnis der deutschen Landeskirchen durch die Herrschaft der Deutschen Christen und ihrer Kirchenführer in seiner tatsächlichen Geltung und in seiner Auswirkung aufs schwerste gefährdet ist, erkennt die bayerische Landeskirche die neuerliche „Eingliederung“ in die Deutsche Evangelische Kirche nicht an. Sie kämpft dagegen nach wie vor mit ganzem Einsatz um eine Reichskirche, deren Bekenntnisstand eindeutig geklärt und gesichert ist und die Gewähr dafür bietet, daß feierlich geschlossene Verträge mit ganzer Treue gehalten und durchgeführt werden.

3. Aus der Erklärung von Mitgliedern der Theologischen Fakultät der Universität Erlangen zur Gesamtlage der lutherischen Kirche in Deutschland (15. IX. 1934).

Es bedeutet keinen Ausweg aus der zugestandenen Schwierigkeit, wenn man die Zuständigkeit der Reichskirchenregierung in den Gebietskirchen auf die Gesetzgebung und die Weisung an die Landesbischöfe, ausgenommen Bekenntnis und Kultus, begrenzt und die Fragen des Bekenntnisses und des Kultus den Gebietskirchen vorbehält. Die gesamte kirchliche Gesetzgebung und Ordnung empfangen fortdauernd Normen von dem Bekenntnis der Kirche her. Eine Trennung der Gebiete, des Bekenntnisses und der Ordnungen ist eine Unmöglichkeit. Die bisherigen lutherischen Landeskirchen können daher ihre Vollmacht zu kirchlicher Gesetzgebung grundsätzlich nur auf eine lutherische Kirche Deutschlands übertragen.

Der Weg zur kirchlichen Einigung, den die Reichskirchenregierung bisher gehen will, bedeutet gegenüber dem Eindringen der theologischen und kirchlichen Entwicklung zur lutherischen Kirche Deutschlands eine schwer zu verstehende Reaktion, die Ausdehnung der überlebten preussischen Union auf das ganze deutsche Kirchengebiet. Da sich die evangelisch-lutherischen Freikirchen einer so gestalteten D.E.K., wie bisher der Union, auf alle Fälle versagen werden, wird die Einigung des deutschen Luthertums aufs neue verhindert. Das Aufgehen der Landeskirchen lutherischen Bekenntnisses in der D.E.K. gewinnt, solange die D.E.K. nicht Kirche lutherischen Bekenntnisses ist, die Bedeutung, daß das deutsche Luthertum überhaupt nicht mehr als selbständige Kirche besteht. Damit wird aber seine Geltung und Bündnisfähigkeit für das ökumenische Luthertum, die außerdeutschen lutherischen Kirchen, schwer bedroht. Man hat es im außerdeutschen Luthertum bereits mahnend und warnend ausgesprochen, daß das deutsche Luthertum, in dem bisher der Schwerpunkt des Luthertums der Welt

lag, diese Ehre zu verlieren in Gefahr stehe (vgl. die Kundgebung der ungarländischen Kirche vom 30. Juli ds. Js., in der es heißt: „Sollte es — was Gott verhüten wolle — infolge weiterer Zwangsmaßnahmen dahinkommen, daß das lutherische Christentum im Mutterlande der lutherischen Reformation selbst zu einer ihrer Freiheit beraubten, bloß geduldeten Sekte herabsänke, so hätte dies zur Folge, daß wir den geistig-geistlichen Mittelpunkt des ökumenischen Luthertums in der Zukunft außerhalb Deutschlands suchen müßten.“)

Wir sind daher dessen gewiß: Der Friede, die Gesundung, die wahrhaftige Einigung der D.E.K. kann nur dann kommen und die Weltgeltung des deutschen Luthertums nur dann gewahrt bleiben, wenn die Bekenntnisfrage durch Bildung einer Reichskirche lutherischen Bekenntnisses gelöst wird.

4. Kundgebung des Lutherischen Rates vom 9. April 1935

Das Kirchenregiment nach dem Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche.

In jüngster Zeit ist der Vorschlag gemacht worden, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat im Dritten Reich dadurch zu ordnen, daß der Obrigkeit unseres Reiches Aufgaben und Rechte in der Kirche übertragen werden, welche einst die Territorialfürsten der Vergangenheit unter dem Namen des Summepiskopats ausgeübt haben. Dazu erklärt der lutherische Rat, getrieben von ernster Verantwortung für die Zukunft der lutherischen Kirche in Deutschland und ihrer Verbundenheit mit Volk und Staat folgendes:

I.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche lehrt in ihrem Bekenntnis (Art. 28 der Augsburger Konfession) nach Gottes Wort: Die Aufgaben der weltlichen Obrigkeit und die des kirchlichen Amtes sollen nicht vermischt werden. Denn nur, wenn jedes Amt seine ihm von Gott gegebene besondere Aufgabe erfüllt, können beide ihrem Volke den Dienst leisten, den sie ihm nach Gottes Ordnung zu tun schuldig sind.

II.

Entgegen diesem Grundsatz ist das rechte Verhältnis von Kirche und Staat im Lauf der Geschichte immer wieder durch eine Vermischung beider gestört worden. Während im Mittelalter die Kirche sich die Rechte des Staates anmaßte und den Staat zu beherrschen versuchte, hat in späteren Jahrhunderten der Staat die Herrschaft über die Kirche in Anspruch genommen. In jedem dieser beiden Fälle ist, wie die Geschichte Deutschlands lehrt, die Gottesordnung des Staates und die der Kirche zerstört worden: im Kirchenstaat wie in der Staatskirche, in der Kirche, die Staat, und im

Staat, der Kirche sein will, geht der echte Staat und die echte Kirche verloren.

III.

In den Jahrhunderten nach der Reformation hat das deutsche Volk und die evangelische Kirche in dem landesherrlichen Kirchenregiment die unseligen Folgen solcher Vermischung erleben müssen. Diese Form des Verhältnisses von Staat und Kirche stammt aus der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des ausgehenden Mittelalters. Die Lehre der lutherischen Bekenntnisse kennt das landesherrliche Kirchenregiment nicht, sondern, wie die Kirchen anderer Länder und anderer Bekenntnisse hat auch unsere Kirche sich mit diesem Kirchenregiment als einem historischen Schicksal abgefunden, bis die noch in das 20. Jahrhundert hineinreichenden Reste des Staatskirchentums mit dem Aufhören der alten Territorialgewalten und dem Sturz der letzten Monarchien ein natürliches Ende fanden.

IV.

Ein Wiederaufleben dieser alten Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche ist aus folgenden Gründen unmöglich:

1. Das landesherrliche Kirchenregiment gründet sich rechtlich nicht auf das Bekenntnis der Kirche, das auch heute noch in Geltung steht, sondern auf reichsrechtliche Befugnisse des alten Territorialfürstentums, die mit dem Untergang des alten Reiches und dem Ende dieses Fürstentums erloschen sind.

2. Eine Neubegründung solcher Rechte ist nicht möglich, weil dann die in der Kirche geltenden und auch vom Staat in ihrer Gültigkeit anerkannten Bekenntnisse außer Kraft gesetzt werden müßten. Die alte lutherische Kirche hat das landesherrliche Kirchenregiment nur ertragen können, weil der Landesherr es nicht als Inhaber der obrigkeitlichen Gewalt, sondern als ein hervorragendes Glied seiner Kirche (*membrum praecipuum ecclesiae*) führte, weil er in seinen kirchenregimentlichen Maßnahmen an das Bekenntnis gebunden und weil er deshalb der Güter „der beiden Gesetzestafeln“ war, der nicht nur als Herrscher die weltliche Ordnung aufrecht erhielt, sondern der als christlicher Herrscher für die reine Lehre des Evangeliums und für die Beseitigung der Irrlehre sich verantwortlich wußte.

Diese Voraussetzungen sind mit dem endgültigen Aufhören des konfessionell einheitlichen Territoriums dahingeschwunden. Ein moderner Großstaat, der nicht allein die Volksgenossen aller christlichen Konfessionen, sondern auch solche, die mit Bewußtsein den christlichen Glauben ablehnen, als gleichberechtigt in sich vereinigt, kann nicht mehr die Pflicht übernehmen, „die reine Lehre zu befördern und die Irrlehre auszurotten“.

V.

Das Kirchenregiment steht nach den lutherischen Bekenntnissen allein der Kirche als ganzer zu und wird von dem kirchlichen Amt unter Mitwirkung der Gemeinde in der Verantwortung vor der Gesamtkirche ausgeübt. Zu

den Aufgaben des Kirchenregiments rechnet der 28. Artikel der Augsburger Konfession ausdrücklich nicht nur die Verkündigung des Wortes und die Verwaltung der Sakramente, sondern auch die äußere Regierung der Kirche durch Erlass von Kirchengesetzen usw. Ein Anteil des Staates am Kirchenregiment oder gar die Regierung der Kirche durch den Staat würde nach der Anschauung des Bekenntnisses nicht nur dem Wesen der Kirche, sondern auch dem des Staates widersprechen. Denn die Ausübung kirchenregimentlicher Funktionen durch den Staat, z. B. die Berufung und Abberufung von Bischöfen, Pfarrern und kirchlichen Beamten durch die Staatsregierung wurde zur Folge haben, daß der Staat über die Lehre der Kirche verfügt. Da aber der Staat als solcher nicht wissen kann, was reine Lehre ist und was nicht, würde die Unterstellung der Kirche unter ein staatliches oder halbstaatliches Kirchenregiment nicht nur das Ende der lutherischen Kirche als Kirche der reinen Lehre bedeuten, sondern auch dem Staat eine Verantwortung auferlegen, die er seinem Wesen nach niemals tragen kann.

VI.

Wenn also der weltlichen Obrigkeit nach lutherischer Lehre ein Anspruch auf das Kirchenregiment nicht zusteht, so besitzt sie doch Rechte der Kirche gegenüber.

Die rechtmäßige weltliche Obrigkeit hat zunächst den Anspruch auf den Gehorsam, die Treue, die Ehrerbietung der Glieder der Kirche, die ihre Untertanen sind (gemäß dem Artikel 16 der Augsburger Konfession).

Sie hat ferner nach Gottes Wort Anspruch darauf, daß ihrer im Gottesdienst fürbittend gedacht werde.

Sie hat das Recht der Aufsicht über die Externa der Kirche als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts: sie hat darüber zu wachen, daß die äußere Verwaltung der Kirche, insbesondere des Kirchengutes, den Grundsätzen der „bürgerlichen Gerechtigkeit“ entspricht.

In allem aber ist ihr die unüberschreitbare Grenze gesetzt, die Luther einst dem Träger der obrigkeitlichen Gewalt setzte, als er ihm vorhielt, daß ihm „zu lehren und geistlich zu regieren nicht befohlen sei“ (Wl. 26, 200, 29).

Halle, am 9. April 1935.

Der Lutherische Rat der Deutschen Evang. Kirche.

Der Vorsitzende: D. Meiser.

5. Eine bekennnismäßige Antwort auf die „lutherische“ Antwort des Landeskirchenamtes Sachsens.

I.

Der Lutherische Rat war in dem Begleitschreiben zu seinem Gutachten als „die repräsentative Zusammenfassung der bekennnisgebundenen deutschen lutherischen Landeskirchen, Gemeinden, Kreise und Organisationen“ bezeichnet worden. Es war ferner zum Ausdruck gebracht worden, daß die im Gutachten niedergelegten Grundsätze maßgebend für alle bekennnis-

bestimmten lutherischen Kirchen seien. Nun verspricht die sächsische „lutherische Antwort“ eingangs Auskunft darüber zu geben, „was man unter bekenntnisgebunden und bekenntnisbestimmt überhaupt zu verstehen hat“. Wer nun aber meinen sollte, er würde diese Auskunft tatsächlich erhalten, der muß enttäuscht feststellen, daß in der ganzen „lutherischen Antwort“ nirgends gesagt wird, was „bekenntnisgebunden“ und „bekenntnisbestimmt“ ist. Dagegen scheint die sächsische Kirchenregierung den Lutherischen Rat über den richtigen Gebrauch des Bekenntnisses belehren zu wollen. Jedenfalls warnt sie davor, „daß man die Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts ja nicht etwa ganz bedingungslos in unsere Zeit herübernehme“. Dieser Warnung vor einem falschen Gebrauch der Bekenntnisse, die in ihrer liberalistischen Begründung der überzeugenden Kraft entbehrt, entspricht keine Darlegung über den rechten Gebrauch derselben. Warum bleibt es nur bei der Warnung? Warum vermag die sächsische Kirchenleitung auf die Bekenntnisfrage nicht wirklich zu antworten? Darum, weil sie selbst vom Bekenntnis gewichen ist. Die „28 Thesen der sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche“ (einstimmig angenommen von der 16. sächsischen evangelisch-lutherischen Landessynode am 10. Dezember 1933) sind trotz des scheinbaren Festhaltens an der kirchlichen Lehre in ganz entscheidenden Aussagen bekenntniswidrig. In diesen Thesen wird, wie es nunmehr die sächsische „Antwort“ klar ausspricht, die Kirchenlehre „nicht ganz bedingungslos in unsere Zeit“ herübergenommen. U. a. wird 3. B. in These 18 ausgesprochen: „Jesus ist nicht Träger menschlicher Art, sondern enthüllt uns in seiner Person Gottes Art“. Dieser Satz verleugnet gegen das einmütige Zeugnis der 31. Schrift die wahrhaftige Menschheit Christi (Joh. 1, 14; 1. Tim. 3, 16; 1. Joh. 4, 2. 3; Röm. 1, 3; Eph. 2, 14; Col. 1, 22; Hebr. 5, 7) und bedeutet damit die Ablehnung der ökumenischen Bekenntnisse, des Chalcedonense, des 3. Artikels der Augsburgerischen Konfession und der lutherischen Katechismen mit ihrer Lehre vom Sohne Gottes. Wenn die sächsische Kirche ihre Thesen, die ja von ihrer Landessynode einstimmig angenommen wurden, ernst nimmt — und daran ist wohl nicht zu zweifeln — dann ist sie monophysitisch geworden und hat sich damit von der evangelisch-lutherischen Kirche getrennt¹⁾.

¹⁾ Vgl. die „28 Thesen der sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche“ bei R. D. Schmidt, die Bekenntnisse usw. des Jahres 1933 S. 98 ff. und das Gutachten der Theologischen Fakultät der sächsischen Landesuniversität Leipzig zu den 28 Thesen ebda. S. 195 ff. Die 28 Thesen wurden übernommen vom Landeskirkenauschuß und der Versammlung der Mitglieder der Landessynode Schleswig-Holsteins, den Kirchen Braunschweigs, Oldenburgs und Mecklenburgs und von der Bewegung „Deutsche Christen“ (Dr. Kunder). Ausdrücklich widerrufen wurde die Übernahme unseres Wissens nur in Braunschweig und Schleswig-Holstein.

Ihr Kirchenregiment, das die Bekenntnisse mit Nachdruck als zeitgeschichtliche Dokumente wertet, vermag nicht mehr die kirchliche Bedeutung der lutherischen Bekenntnisschriften zu erkennen und ist darum auch nicht mehr imstande zu sagen, wie das Evangelium lauter und rein verkündigt werden muß. Es kann keine bekenntnismäßige lutherische Antwort geben.

Wenn die sächsische „Antwort“ weiter den Satz anführt, „daß es wohl kaum zwei namhafte lutherische Theologen in Deutschland gibt, welche in der Frage, was Luthertum ist, eins sind“, so vergiftet sie in diesem Fall den Unterschied zwischen Theologie und Bekenntnis, zwischen der publica doctrina einer bekenntnisgebundenen Kirche und der jeweiligen theologischen Arbeit, die jedenfalls dort, wo die Mitglieder des Lutherischen Rates arbeiten, bestimmt ist durch das kirchliche Bekenntnis (vgl. hiezu f. C. II p., Sol Dekl. XII, 3.).

II.

Wenn das Wissen um die kirchliche Bedeutung der Bekenntnisschriften geschwunden ist, ist es nicht weiter verwunderlich, daß der 28. Artikel der Augsburgerischen Konfession vollkommen falsch beurteilt wird. Im Zusammenhang mit dieser falschen Beurteilung des 28. Artikels behauptet die sächsische Kirchenleitung zunächst, es sei die Augustana „unbeschadet ihrer religiösen, ihrer kirchengeschichtlichen und ihrer kirchenrechtlichen Fernwirkung damals ein Meisterstück kirchlicher Diplomatie gewesen“. Wir verwahren uns im Namen unserer Väter und im Namen der ganzen lutherischen Kirche mit Entschiedenheit gegen diese Einschätzung des Augsburger Bekenntnisses. Von diesem Bekenntnis sind deshalb kirchen- und weltgeschichtliche Wirkungen ausgegangen, weil es wirklich Bekenntnis war, für das seine Bekenner und nicht zuletzt die Vorgänger und Vorfahren der sächsischen Kirchenleitung einst bereit waren, alle irdischen Güter, ja das Leben hinzugeben.

Die Deutung nun, welche dem 28. Artikel des Augsburger Bekenntnisses zuteil wird, verkennt völlig, daß in ihm eine maßgebende Grundlehre über das Amt ausgesprochen wird, die hier wirklich nicht vereinzelt steht, sondern auch an anderen Stellen der Bekenntnisse zu finden ist (vgl. C. A. XVI; Apol. XII, De Konfess. etc. 23; ib. XV, 43; XVI, 254). Ohne daß auf die noch nicht bis ins Letzte geklärte Frage nach dem Verständnis des Corpus christianum im Mittelalter und bei Luther einzugehen wäre, ist es ein Grundsatz der lutherischen Reformation, daß die potestates nicht vermischt werden sollen. Allerdings darf man zur Erkenntnis dieses Grundsatzes und seiner weitreichenden Bedeutung seine eigene Belehrung besser nicht aus zweiter und dritter Hand entgegennehmen, sondern muß bei den lutherischen Kirchenrechtslehrern und Theologen des 19. Jahrhunderts in die Schule gehen, die noch ein inneres Verständnis für lutherische Theologie und für die lutherische Kirche hatten. Die Bekenntnisschriften selbst sind in der „lutherischen Antwort“ nicht weiter durchgearbeitet. Sonst wäre nämlich offenbar geworden, daß zwar keine kirchenrechtlichen Artikel, wohl aber

nicht zu übersehende kirchenrechtliche Grundsätze sich in den lutherischen Bekenntnissen finden.

In der sächsischen Antwort ist zwar nicht der Versuch gemacht, das Gutachten des Lutherischen Rates durch die lutherischen Bekenntnisse als bekenntniswidrig zu erweisen, aber es wird nun kein Geringerer als Luther selbst als Hauptzeuge der in ihr vorgetragenen Theologie angerufen. Wer aber daraufhin Luther liest, wird verwundert fragen, warum man gerade ihn gegen das Gutachten des Lutherischen Rates ins Feld führt. Es ist darum nötig, daß wir hier etwas ausführlicher auf Luther, „den vornehmsten Lehrer der Augsburger Konfession“ eingehen und zeigen, wie er tatsächlich über das Kirchenregiment und die weltliche Obrigkeit denkt.

III.

Das Gutachten des Lutherischen Rates schließt mit der Feststellung, daß Luther einst dem Träger der obrigkeitlichen Gewalt eine unüberschreitbare Grenze gesetzt habe, als er ihm vorhielt, daß ihm „zu lehren und geistlich zu regieren nicht befohlen sei“ (WA. 26, 200, 29). Die sächsische „lutherische Antwort“ glaubt wie vorher schon das sächsische Rundschreiben an die sämtlichen deutschen evangelischen Kirchenregierungen feststellen zu können, daß das angeführte Zitat „in seiner Vollständigkeit und im Zusammenhang des Ganzen (Vorrede zum Unterricht der Visitatoren und Pfarrherrn) das gerade Gegenteil von dem bezeuge, was in dem Gutachten unter Beweis gestellt werden sollte“. Es ist aber unerfindlich, wie man bei einer auch nur in etwas sorgfältigen Durcharbeitung der Vorrede zum Unterricht der Visitatoren zu dieser Behauptung kommen kann, die so sicher vorgetragen wird. Abgesehen von der unleugbaren Tatsache, daß einfach dasteht „obwohl E. K. G. . . geistlich zu regieren nicht befohlen ist“, damit also das landesherrliche Kirchenregiment an der Schwelle abgewiesen wird, zeigt der Zusammenhang des Ganzen, daß in der sächsischen „Antwort“ aus Luthers Worten eine eigene vorgefaßte, aber unlutherische Anschauung herausgelesen wird. Denn was ergibt sich aus der Vorrede für unsere Frage?

1. In Kursachsen bestand dadurch ein schwerer kirchlicher Notstand, daß das kirchliche „Besuchsam“, ohne das ein gesundes kirchliches Leben nicht zu erhalten war, durch das völlige Versagen der römischen Bischöfe aufgehört hatte. Luther selbst wie seine näheren Mitarbeiter glaubten nicht das Recht zu haben, dieses Amt von sich aus zu übernehmen. Davon hielt Luther seine ernste Auffassung von der Notwendigkeit einer ordentlichen Berufung ab²⁾. Es war also in Kursachsen niemand da, der in normaler Weise die dringend nötige Kirchenvisitation durchführen konnte. Diese Notlage erforderte auch besondere Notmaßnahmen³⁾.

2. In Übereinstimmung mit seiner sonstigen Auffassung von Kirche, weltlicher Obrigkeit, Gemeinde und Amt stellt Luther ausdrücklich fest, daß der Kurfürst „nach weltlicher Oberkeit nicht schuldig“ sei, sich der Kirchen-

²⁾ Vgl. 3. B. WA. 33, 550 ff.

³⁾ Vgl. WA. 10, 2 Abt., 35; WA. 51, 373.

visitation anzunehmen, ja, daß ihm „geistlich zu regieren nicht befohlen“ sei. Weil aber die Not es fordert, hat nun der „Liebe Amt“ zu gelten. Das geht an sich alle Christen an. Der Kurfürst aber ist zugleich die von Gott geordnete Obrigkeit, der „um christlicher Liebe willen“ zur Durchführung der Kirchenvisitation kraft seiner obrigkeitlichen Befugnis behilflich sein soll. Nicht der Kurfürst selbst hat zu visitieren, sondern durch geeignete Männer visitieren zu lassen ⁴⁾.

3. Nicht der Kurfürst als Kurfürst wird hier angerufen, sondern der Kurfürst als Mitchrist, der nicht einen Dienst seines obrigkeitlichen Amtes, sondern einen christlichen Liebesdienst für die Kirche übernehmen soll ⁵⁾.

Mit diesen Gedanken der Vorrede zum Unterricht der Visitatoren stimmt überein, was Luther auch sonst zur Sache geäußert hat. Wichtig ist hier zunächst der auf die Visitation bezügliche Briefwechsel Luthers mit seinem Kurfürsten ⁶⁾. Daraus ist folgendes zu entnehmen:

⁴⁾ In der sächsischen Antwort steht zu lesen: „Wie völlig unzutreffend die gutachtliche Auffassung ist, daß nach Augustana 28 die weltliche Gewalt nie und nimmer ins Kirchliche übergreifen dürfe, ergibt sich schon daraus, daß ja die ganze Augustana nicht etwa von ihrem Verfasser Melanchthon, sondern ganz offiziell von den Fürsten und Magistraten auf dem Augsburger Reichstag überreicht wurde.“ Hier scheint man nicht mehr zu wissen, wie es überhaupt zur Augsburger Konfession gekommen ist. Darüber unterrichtet aber die Vorrede zur Augustana selbst, indem sie von dem Kaiserlichen Ausschreiben erzählt, das an die Kurfürsten, Fürsten und Stände ergangen war, um „eins jeglichen Gutbedünken Opinion und Meinung“ zu hören. Die Fürsten hatten darzutun, was in ihren Ländern in den Sachen des christlichen Glaubens und der Lehre geschehen war und geschah. Aber nicht die Fürsten lehren hier und befinden über die kirchliche Verkündigung, sondern sie erklären: „Hierumb und Euer Kaiserlichen Majestät zu untertänigster Gehorsamung überreichen und übergeben wir unserer Pfarrer, Prediger und ihrer Lehren, auch unseres Glaubens Bekenntnis, was und welchergestalt sie, aus Grund göttlicher heiligen Schrift, in unseren Landen, Fürstentumben, Herrschaften, Städten und Gebieten predigen, lehren, halten und Unterricht tun.“ Der erste Artikel des Augsburger Bekenntnisses beginnt mit den Worten: „Ecclesiae magno consensu apud nos docent . . .“ Damit wird einfach festgestellt, was die Kirche lehrt (vgl. in den Schwabacher Artikeln den Eingang zum gleichen Artikel: „In dem Kurfürstentumb Sachsen wird einhellig gelehrt und gepredigt . . .“). Daß darum die christlichen Fürsten als die praecipua membra ihrer Kirchen die Confessio ihrer Theologen und Pfarrer, zu der sie selbst sich bekennen, übergeben, hat mit einem unberechtigten Übergriff „ins Kirchliche“ nun wirklich nichts zu tun.

⁵⁾ Die Träger des obrigkeitlichen Amtes werden, sofern sie christlich sind, wie alle anderen Christen auch von Luther angesehen als „Mitchristen, Mitpriester, mitgeistlich, mitmächtig in allen Dingen“ (WA. VI, 413, 30).

⁶⁾ Vgl. WA. Briefwechsel 3, 595 und 628; 4, 133: Luthers Briefe vom 31. Okt. und 30. Nov. 1525, vom 28. Nov. 1526.

a) Luther weist in einem Brief an den Kurfürsten auf die große Gefahr hin, die der Kirche durch einen völligen finanziellen Zusammenbruch droht. Denn allenthalben wurde der Versuch gemacht nach dem Aufhören des alten Kirchenwesens auch die alten Leistungen für die Kirchen einzustellen oder auch das Kirchengut an sich zu bringen, während die neuangestellten Pfarrer und Prediger oft kaum oder nur kärglich besoldet wurden. Diesem Unwesen entgegenzutreten war nach Luthers Meinung die Pflicht der weltlichen Obrigkeit. Sie hatte über das Kirchengut zu wachen und seine unrechtmäßige Verwendung und Verschleuderung zu verhindern. Dieses Wächteramt des Staates wird ausdrücklich auch in der Kundgebung des Lutherischen Rates anerkannt.

b) Da mit der Kirche und dem Kirchengut das Schulwesen aufs engste verbunden war, befürchtet Luther, es würde durch den finanziellen Zusammenbruch der Kirche auch das Schulwesen zerstört und damit einer für das Volk verhängnisvollen Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend Tür und Tor geöffnet werden. Hier hat der Kurfürst „als oberster Vormund der Jugend“ für die Erhaltung des Kirchenguts und damit der Schulen und Pfarreien einzutreten.

c) Ganz klar ergibt sich aus Luthers Briefen an den Kurfürsten, daß er an ein Notwerk denkt, an eine vorübergehende Hilfe, die dann unnötig geworden ist, wenn „die Sache mit den Bischöfen geendet ist“ (L. 8, 370).

Daß es trotz seiner klaren Unterscheidung der Aufgaben und Befugnisse der weltlichen Obrigkeit und der Kirche zur Aufrichtung des landesherrlichen Kirchenregiments in der geschichtlich gewordenen Gestalt kam, war nicht Luthers Wille und geschah ihm zum Schmerz. Schon mit der kurfürstlichen „Instruktion“ für die Kirchenvisitation war das landesherrliche Kirchenregiment da. Die Visitatoren wurden hier als kurfürstliche Beamte betrachtet, der Unterschied zwischen „der Liebe Amt“ und dem obrigkeitlichen Amt war verwischt. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Luther in seiner Vorrede durch die Darlegungen seiner Gedanken einen „stillschweigenden Protest“ angemeldet habe⁷⁾. Sehr deutlich sind eine Reihe späterer Äußerungen Luthers, in denen er eine Einmischung der weltlichen Gewalt in die kirchlichen Angelegenheiten ablehnt. Besonders bezeichnend ist sein Brief an den Dresdener Pfarrer Dan. Greiser vom 22. Oktober 1543, in dem es heißt: „Satan fährt fort Satan zu sein. Unter dem Papst mischte er die Kirche in den Staat; zu unserer Zeit will er den Staat in die Kirche mischen. Aber wir werden uns mit Gottes Hilfe widersetzen und uns bemühen, mit aller Kraft den Unterschied der beiden Gebiete (Staat und Kirche) aufrecht zu erhalten“ (L. Rom. 15, 256) 8). Soviel in Kürze über

7) Vgl. hiezu, wie zur ganzen Frage die schlechterdings erschöpfende Abhandlung Karl Holls „Luther und das landesherrliche Kirchenregiment“ in seinen Gesammelten Aufsätzen zur Kirchengeschichte, Bd. I, Luther S. 326 ff. (2. und 3. Auflage).

8) Der Hauptteil dieses Briefes lautet: „Si enim futurum est, ut aule velint gubernare ecclesias pro sua cupiditate, Nullam dabit deus bene-

Luthers tatsächliche Anschauung in unserer Frage. Es ist schlechterdings nicht zu verstehen, wie die sächsische „lutherische Antwort“ dazu kommt, sich auf Luther zu berufen.

IV.

Nach der in der „Antwort“ vorgetragenen Anschauung kann der Staat auch über die Lehre der Kirche verfügen. Das wird mit dünnen Worten zugegeben: „Jawohl, das könnte er tun und das hat er schon im Reformationszeitalter getan, wenn nämlich unter dem Deckmantel des Religiösen die Belange des Staates und in Sonderheit die Autorität der Staatsführung sabotiert und angegriffen werden.“ Auch hier begegnet eine peinliche Verwechslung. Es wird nämlich die Pflicht der Obrigkeit gegen Aufrührer und Zerstörer der geltenden Ordnungen einzuschreiten verwechselt mit der Aufgabe der christlichen Obrigkeit zu Luthers Zeit, die damals nur über ein auch im Glauben einiges Volk zu regieren hatte, Sorge zu tragen dafür, daß

dictionem et fient novissima peiora prioribus, quia quod fit absque fide, non est bonum, Quod autem absque vocatione fit, haud Dubie absque fide fit et dissolvitur. Aut igitur ipsi fiant pastores, praedicient, baptisent, visitent egrotos, communicent et omnia ecclesiastica faciant, Aut desinant vocationes confundere, suas aulas curent, Ecclesias relinquant his, qui ad eas vocati sunt, qui rationem deo reddent. Non est ferendum, ut alii faciant Et nos ratione reddenda gravemur. Distincta volumus officia ecclesiae et aule, aut deserere utrumque. Sathan pergit esse Sathan. Sub Papa miscuit ecclesiam politiae, sub nostro tempore vult miscere politiam ecclesiae. Sed nos resistemus deo favente et studebimus pro nostra virili vocationes distinctas servare.

Vgl. auch Luthers Brief an Tilemann Schnabel vom 26. Juni 1533: *Ł.* 9, 37: Nam quod vos videmini, ut executio vel per ipsum Principem fiat, valde incertum est, nec vellem politicum magistratum in id officii misceri, sed omnibus modis separari, ut vera et certa distinctio utriusque magistratus.

An Nikolaus von Amsdorf in Zeitz vom 21. Juli 1544: *Ł.-Kaw* 15, 52: „Es ist doch mit dem Hofe nichts, Ihr Regiment ist eitel Krebs oder schnecken. Es kan nicht fort von steten oder wil ymer zurück. Christus optime Ecclesiae consuluit, quod Aulae non commisit Ecclesiarum administrationem. Der Teufel hatte sonst nichts zu thun, denn eitel Christen seelen zu fressen.“ Dazu noch folgende Stellen: *ŁA.* 55, 108 (20. September 1535) „es ist mir leid, daß die Torgauer sich so undankbar gegen das Evangelium stellen und sich unterstützen aus eigener Thurst euch Pfarrer und Capellan zu Anechten zu machen, aufs Rathaus zu fordern ihres Gefallens. Wer hat sie gelehrt solchen Gewalt, der ihn nicht gebührt, zu sich zu rauben? Sind dies die Früchte ihres Glaubens?“ *ŁA.* 56, 47 „ich hoffe ja, ihr werdet so viel christliches Verstands haben, daß ein Pfarramt und das Evangelium sei nicht unser, noch einiges Menschen, ja auch keines Engels, sondern allein Gottes unsers Herrn;“ 49 „ihr seid nicht Herren über die Pfarrer und Predigtamt, habt sie nicht gestiftet, sondern allein Gottes Sohn“.

nicht zweierlei Gottesdienst öffentlich ausgeübt werde. Als christliche Obrigkeit und nur als solche konnte sie gegen die Bestreiter der christlichen Fundamentallehren (Trinität, wahrhaftige Gottheit Christi) vorgehen⁹⁾. Nun ist es einfach eine Pflicht der geschichtlichen Wahrhaftigkeit festzustellen, daß es, seitdem der Staat zur Duldung verschiedener Bekenntnisse, auch zur Duldung der Religionslosigkeit, hat übergehen müssen, keine bekenntnismäßig einheitlichen und geschlossenen Gebiete mehr gibt. Keine Obrigkeit seit dieser Zeit kann mehr Obrigkeit in jenem alten Sinne sein; denn sonst müßte sie bekenntnismäßig einmütig und in der Lage sein, über rechte und falsche Lehre zu urteilen. Aber jeder Staat muß heute Irrlehre dulden. Oder erwartet das sächsische Landeskirchenamt, daß der heutige Staat die Leugner der Trinität oder der wahrhaftigen Gottheit Christi der Staatsbürgerrechte beraubt und ausweist?¹⁰⁾ Stellt es sich auf den Standpunkt des Satzes cuius regio eius religio? Erkennt es also z. B. an, daß das Haus Habsburg richtig gehandelt hat, wenn es die evangelische Lehre in seinen Ländern mit dem Recht des Stärkeren und mit dem Senkersbeil auszurotten suchte? Es ergibt sich eine unmögliche Lage für alle, die auf den Boden der sächsischen Antwort treten und dabei meinen noch lutherisch zu sein.

V.

Da die sächsische Antwort es nicht vermag, weder durch Luther noch durch lutherische Bekenntnisse die Kundgebung des Lutherischen Rates zu entkräften, greift sie nach der — nun reichlich abgenützten — politischen Diffamierung. Wir versagen es uns, auf diese Art eine Frage, die ernster kirchlicher und wissenschaftlicher Behandlung bedarf, zum Gegenstand persönlicher Verunglimpfung zu machen weiter einzugehen und überlassen das Urteil darüber den Lesern der vorliegenden Darlegungen.

München, den 20. September 1935.

Der Vorsitzende des Lutherischen Rates der Deutschen Evangelischen Kirche.

D. Meißer.

⁹⁾ Vgl. Goll, a. a. O., 366 ff.

¹⁰⁾ Vgl. Programm der NSDAP., Punkt 24, Abs. 1: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstößen.“

Verfügung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, vom 13. Oktober 1933: „Kein Nationalsozialist darf irgendwie benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt. Der Glaube ist eines jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat. Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden.“

6. Erklärung des Deutschen Lutherischen Tages in Hannover am 5. Juli 1935.

Lehre, Gestalt und Ordnung der Evangelisch- Lutherischen Kirche.

Der Evangelisch-Lutherischen Kirche ist durch das Wort Gottes die Verantwortung auferlegt, für die rechte Verkündigung und eine bekenntnis-mäßige Gestalt und Ordnung der Kirche unermüdlich zu kämpfen.

Der Deutsche Lutherische Tag in Hannover erinnert alle seine Mitglieder daran, daß sie ihr Bekenntnis nur dann wirklich ernst nehmen, wenn sie darüber wachen, daß sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in ihrer Lehre, ihrer Gestalt und ihrer Ordnung von der Heiligen Schrift und den lutherischen Bekenntnisschriften bestimmen läßt und damit bezeugt, daß sie durch ihr Bekenntnis allezeit zum Bekennen aufgerufen ist.

I.

Die Dahlemer Synode vom 20. Oktober 1934 hat beschlossen, daß „die Organe der Bekenntnissynode der D.L.K. als eines Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen den Bekenntnissen entsprechend zusammengesetzt und gegliedert seien“. Die Augsburger Synode hat am 6. Juni 1935 diesen Beschluß bestätigt. Der Deutsche Lutherische Tag fordert darum von der Bekenntnissynode und von der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, diesen Beschluß für alle Organe der ihr unterstellten Kirchen geltend zu machen. Wie das Predigtamt und die Leitung einer Gemeinde nur im Gehorsam gegen das Bekenntnis der Kirche geschehen kann, so kann auch das Regiment der Kirche nur geübt werden in Bindung an ihr Bekenntnis.

II.

Uns ist in der Anfechtung der letzten Jahre das Bekenntnis zu Jesus Christus als dem Herrn der Kirche, der uns allein im Wort und Sakrament begegnet, neu geschenkt worden. Wir danken Gott, daß er uns darin über mannigfache Scheidungen hinweg mit unseren reformierten Brüdern zusammengeführt hat und bitten ihn, uns diese Gemeinschaft des Bekenntnisses zu erhalten. Wir befehlen es seiner Gnade und Führung, was das für das Verhältnis der Bekenntniskirchen untereinander zu bedeuten hat.

III.

Die Treue gegen unsere Bekenntnisse gab uns im Gehorsam gegen das Wort der Heiligen Schrift die Kraft zu diesem Bekennen.

Wir erkennen in dem Augsburger Bekenntnis von 1530, in den Katechismen Martin Luthers und in den Schmalkaldischen Artikeln ein für das öffentliche Lehren und Handeln der Evang.-Luth. Kirche verbindliches kirchliches Zeugnis. Nur eine der Kirche neugeschenkte und von ihr einmütig bekannte biblische Erkenntnis würde uns über die verbindliche Kraft unserer Bekenntnisschriften hinausführen.

Wer diese kirchlichen Zeugnisse nur als historische Dokumente behandelt, verfällt demselben Irrtum, dem die Deutschen Christen erlagen.

Zu dem Herrn der Kirche wird sich die Evang.-Luth. Kirche nur dort bekennen, wo sie sich zum Gehorsam gegen das Wort Gottes rufen läßt und so die Bestimmung ihrer Bekenntnisse verwirklicht.

IV.

Wir verwerfen jedes Kirchenregiment, das zwar die lutherischen Bekenntnisse „unangetastet“ stehen lassen will, das sich aber in seinem kirchlichen Handeln von anderen Rücksichten und außerkirchlichen Einflüssen bestimmen läßt. Wir danken den Brüdern in den bedrängten lutherischen Kirchengebieten, daß sie in Beugung unter Schrift und Bekenntnis einem Kirchenregiment die geistliche Autorität absprachen und ihm den Gehorsam verweigern, das zwar das lutherische Bekenntnis nennt, es aber in seinem Handeln nicht bekennt.

Wir beten zu dem Herrn der Kirche:

Die Sach und Ehr, Herr Jesu Christ,
nicht unser, sondern Dein ja ist,
darum so steh Du denen bei,
die sich auf Dich verlassen frei!

Freiung

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Freiung, Aufbruch, Aufbruch zum Lichtstunde:

Bekennende Kirche

Schriftenreihe, herausgegeben von Chr. Stoll

Bei Subskription auf mindestens 10 aufeinanderfolgende Hefte werden die Hefte mit 10 % Ermäßigung geliefert.

Gesamtverzeichnis:

Heft	1	Kiederauer Thesen zur Volksmission	RM.	0.40
"	2	Chr. Stoll: Das Bekenntnis der Kirche		0.35
"	3	Th. Ellwein: Gesetz und Evangelium		0.45
"	4	Ed. Pug: Völkische Religiosität oder christl. Gottesglaube?		0.75
"	5	Jr. Loy: Menschenfragen und Gottes Antwort		0.90
"	7	A. Schlatter / G. Schmidt / Chr. Stoll: Das alte Testa- ment als Buch der Kirche		0.50
"	8	W. Vischer: Job, ein Zeuge Jesu Christi		0.50
"	9	Chr. Keyßer: Das größte Werk der Welt		0.40
"	10	Ed. Ellwein: Der Menschensohn		0.45
"	11	H. Lauerer: Kirche und Staat, ein evang. Unterricht		0.55
"	12	H. Steege: Das Bekenntnis der Kirche in den Liedern der Reformation		0.65
"	13	G. Schmidt: Das alte Testament und der evangelische Religionsunterricht		0.45
"	14	Chr. Stoll: Mythos? Offenbarung!		0.45
"	15	Julius Sammetreuther: Die falsche Lehre der „Deut- schen Christen“		0.55
"	16	Georg Merz: Bekenntnis, Glaubensgewisheit, Lebens- führung		0.35
"	17	Alfred Lukat: Was ist evangelischer Glaube?		0.45
"	18	Tobias Pöhlmann: Theologie der Geschichte		0.45
"	19	Kurt Frör: Von der Landeskirche zur Reichskirche		0.75
"	20	Hermann Sasse: Das Volk nach der Lehre der evange- lischen Kirche		0.55
"	21	W. Kessler — E. Weber (Herrnhut): Gott und Volk nach dem Zeugnis der Bibel		0.65
"	22	Landesbischof D. Meiser: „Wir aber sind nicht von denen, die da weichen!“	beschlagnahmt	
"	23	Chr. Stoll: Konfessionen?		0.75
"	24	Heinrich Fausel: Luther und die Deutsche Nation		0.50
"	25	H. Birgensohn — J. Schniewind: Evangelische Verkün- digung heute!		0.50
"	26	Georg Merz: Amt und Gemeinde		0.50
"	27	Hermann Diem: Die Substanz der Kirche		0.60
"	28	Chr. Stoll: Vom Abendmahl Christi		0.80
"	29	H. W. Gopf: Lutherische Kirchenordnung		1.40
"	30	Herm. Sasse: Kirchenregiment und weltliche Obrigkeit		1.50
"	31	Georg Merz: Evang.-luth. Kirche Deutschlands		0.50
"	32	Hanns Lilje: Bekenntnis und Bekennen		0.50
"	33	Kenate Ludwig: Karl der Große und die Sachsen		0.70
"	34	Karl Heinz Becker: Freiheit und Dienst		0.60
"	35	Volkmar Hertrich: Die Kirche Jesu Christi und das Wort Gottes		0.65
"	36	Christian Stoll: Interim!		0.80

Bei Mengenbezügen ermäßigte Partiepreise

CHR. KAISER VERLAG / MÜNCHEN

CHRISTIAN STOLL

Dokumente zum Kirchenstreit

1. Teil: Idee und gegenwärtige Erscheinung der Deutschen Evang. Kirche

Vom 14. Mai 1933 bis 31. Dezember 1933 / XII. o.65

Der Versuch, die kirchenpolitischen Vorgänge einmal ehrlich zu überschauen, ist zu begrüßen. Den wichtigsten Dokumenten geht eine grundsätzliche Ausführung voran. (Bausteine)

2. Teil: Kirche in Not

Vom 4. Januar 1934 bis Ende Februar 1934 / XII. o.65

Eine umfassende Zusammenstellung und übersichtliche Ordnung all der mündlichen und schriftlichen Auslassungen von kirchlichen und außerkirchlichen Persönlichkeiten und Organen. Wir haben hier eine Quellensammlung neuester Kirchengeschichte. (Pfälz. Pfarrereblatt)

3. Teil: Der Kampf um das Bekenntnis

Vom 27. Januar 1934 bis 31. Mai 1934 / XII. 1.20

Die Auswahl der Dokumente ist so getroffen, daß die vorwärtsführende Linie aufgezeigt wird, um so ein wahrheitsgetreues Bild der Lage zu schaffen. (Evang. Kirchenblatt für Schlesien)

4. Teil: Zwischen den Synoden

XII. o.70

Die Kritik an Barmen. Die Vorbereitung der Nationalsynode und die Tagung. Die „Eingliederungen“. Was ist das Ziel? Die Einführung des Reichsbischofs. Der lutherische Rat. Württemberg im Feuer. Es ist sehr zu begrüßen, daß die vielen Dokumente gesammelt werden, nicht nur zum Zweck einer späteren Geschichtsschreibung, sondern auch für uns, die Zeitgenossen. (Reform. Kirchenztg.)

5. Teil: Der Weg der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

Die amtlichen Dokumente über die Vorgänge in der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern vom 9. August 1934 bis 14. Nov. 1934 / XII. o.80

Die Ereignisse in Bayern haben bekanntlich erhöhte Bedeutung deshalb, weil sie eine Wende darstellen. Wir sind dankbar für diese Zusammenstellung, weil sie uns die entscheidenden Vorgänge im Zusammenhang darbietet. (Evang. Kirchenblatt für Schlesien)

6. Teil: Um das Reichskirchenregiment

XII. o.80

Bringt die Botschaft der Dahlemer Bekenntnissynode, die Einsetzung der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, die Zustimmung der großen kirchlichen Verbände, verbunden mit der Abgabe an den Reichsbischof und mancherlei Kundgebungen und Berichte, die alle deutlich machen, daß das deutsch-christliche Regiment in der Kirche untragbar ist. — Die Dokumentensammlung ist unentbehrlich für jeden, der den tiefen Sinn des Kirchenkampfes verstehen will. (Evang. Sonntagsblatt Weisfalen)

Lutherische Kirche bekennet

Die amtlichen Kundgebungen der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern aus dem

Jahre 1934 / XII. 1.20

Liest man diese amtlichen Kundgebungen durch, so wird dem Leser ein Dreifaches für den Weg der Kirche bezeugt: 1. Das Bekenntnis der Kirche muß heute bezeugt werden. 2. Die Ordnung der Kirche ist auf ihre Lehre bezogen, d. h. die Kirche hat ihr Eigenleben zu entfalten. 3. Das Priestertum aller Gläubigen darf nicht angetastet werden. (Unter dem Wort)

Mythus? Offenbarung!

(Bekennende Kirche Heft 14) 2. Auflage / XII. o.45

Alfred Rosenbergs Angriff geht nicht nur auf das Alte Testament, sondern auf die christliche Kirche überhaupt. Ist der Mythus, die Offenbarung der Volkseele, das Mysterium des Blutes dasjenige, was Leib und Seele der Völker retten kann, oder die in Christus vorhandene Offenbarung des lebendigen Gottes, der Seele und Blut uns gab? Auf diese Frage wird unter eingehender Darlegung der Rosenbergschen Gedanken eine klare bekenntnismäßige Antwort gegeben. (Evang. Sonntagsblatt für Cronau i. W. und Umgebung)

Vom Abendmahl Christi

(Bekennende Kirche Heft 28) / XII. o.80

Diese Schrift will das Gespräch zwischen den evangelischen Konfessionen über das Abendmahl weiterführen und zu einer gewissen Klärung bringen; vor allem darüber Auskunft geben, was gemäß dem lutherischen Bekenntnis unter Abendmahl Christi zu verstehen ist.

Konfessionen?

(Bekennende Kirche Heft 23) / XII. o.50

Das Wort Konfession ist vielen Zeitgenossen ein lästiges Wort. Sie empfinden es als Ärgernis, daß in einer Zeit allseitiger Geschlossenheit die christlichen Konfessionen nebeneinander stehen, statt sich auch ihrerseits als „Nationalkirche“ zusammenzuschließen. Wo immer aber diese Anschauung vertreten wird, ist festzustellen, daß sie aus einer erschreckenden Unkenntnis der christlichen Kirche und der Konfessionen kommt. Demgegenüber ist es notwendig, einen sichten Unterricht zu geben über all die Fragen, die infolge des Vorhandenseins der Konfessionen sich erheben. (Aus d. Vorwort)

Das Bekenntnis der Kirche

(Bekennende Kirche Heft 2) / XII. o.35

Vielen, die da erklären, daß sie in ihrem kirchlichen Handeln auf dem Boden des Bekenntnisses der Kirche stehen, wäre gut, dieses Schriftchen sorgfältig zu lesen. (Ev. Sonntagsblatt, Cronau)

CHR. KAISER VERLAG, MÜNCHEN